



Wahlprüfsteine des Landes-ASten-Treffen  
NRW  
und dem freien Zusammenschluß der  
StudentInnenschaften  
zur Landtagswahl 2010 in Nordrhein -  
Westfalen



Wahlprüfsteine LAT NRW und fzs  
Verantwortlich : LAT NRW  
Webschulstr. 20 , 41065 Mönchengladbach



## **Vorwort**

Liebe Studierende und Interessierte,

vor Euch/Ihnen liegen die Wahlprüfsteine, die das Landes-ASTen-Treffen NRW und der fzs (Freier Zusammenschluss der StudentInnenschaften) an die NRW-Parteien verschickt haben.

Leider hat die CDU NRW, die Wahlprüfsteine nicht bearbeitet und deshalb konnten wir diese nicht hier mitveröffentlichen.

In der Landtagswahlkampagne „Wähl deine Bildungsperspektive“ haben sich die Studierende auf zwei Positionierungen verständigt, die aus unserer Sicht für eine Entscheidung für ein besseres Bildungssystem NRW ausschlaggebend sind: „Studiengebühren abschaffen und die Hochschulen ausfinanzieren“ und „Bologna-Prozess reformieren – für eine wirkliche Studienreform“.

Gleichzeitig haben wir die Parteien zu wichtigen hochschulpolitischen Themen befragt, wie beispielsweise Studienfinanzierung, Demokratie an hiesigen Hochschulen und studentische Mitbestimmung.

Wir denken diese Wahlprüfsteine können für viele Menschen in der Entscheidungsfindung zum 9.Mai 2010 einen Beitrag leisten und wünschen viele Erkenntnisse aus dem vorliegenden Material.

Mit besten Grüßen

Landes-ASTen-Treffen NRW und der freie Zusammenschluss der StudentInnenschaften



Wahlprüfsteine LAT NRW und fzs  
Verantwortlich : LAT NRW  
Webschulstr. 20 , 41065 Mönchengladbach



# **1. Finden Sie generell Studiengebühren gerechtfertigt? Wenn ja: welche und warum?**

## **GRÜNE:**

Bildung - auch Hochschulbildung - ist für uns GRÜNE öffentliche Aufgabe. Deshalb sind wir eindeutig gegen Studiengebühren und haben uns in der ablaufenden Legislaturperiode auch mehrfach eindeutig dafür ausgesprochen, zuletzt mit unserem Gesetzentwurf für ein Studiengebühren-Abschaffungsgesetz, das jedoch leider keine Mehrheit gefunden hat. Dabei ist für uns GRÜNE aber auch völlig klar: Nicht nur die Studiengebühren müssen abgeschafft werden, sondern gleichzeitig müssen auch die Hochschulen hierfür einen entsprechenden Ausgleich aus öffentlichen Mitteln erhalten. Und dieses Geld für die Abschaffung der Studiengebühren wäre auch da.

## **PIRATEN :**

Wir sprechen uns eindeutig gegen Bildungsgebühren jeglicher Art aus. Dazu gehören selbstverständlich auch Studiengebühren, die wir für Erst-, Zweit- und auch für Langzeitstudenten klar ablehnen.

## **SPD :**

Wir halten Studiengebühren nicht für gerechtfertigt, weil sie dem Gebot der Chancengleichheit, aber auch der Notwendigkeit, alle Bildungspotenziale auszuschöpfen, entgegenstehen. Studiengebühren schrecken studierwillige junge Menschen von einem Studium ab. Bildung wird so vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Die von Schwarz-Gelb betriebene Privatisierung der Bildungsfinanzierung durch Studiengebühren, Kredite, Stipendien, die eingeworben werden müssen, machen Bildung immer mehr zu einem Luxusgut.

## **FAMILIE :**

Wir befürworten ein gebührenfreies Erststudium. Studiengebühren sind nur dann für weitere Studiengänge vertretbar, wenn diese auch für die jeweiligen Lehrstühle genutzt werden.

## **LINKE :**

DIE LINKE. NRW ist für Bildung ohne Gebühren und Beiträge. Wir wollen die Studiengebühren abschaffen. Auch die sogenannten Studienkonten lehnen wir ab.

## **FDP :**

Die Liberalen sind generell der Auffassung, dass jede Hochschule selbst entscheiden sollte, ob und welche Studienbeiträge sie erhebt. Diese sollten den Hochschulen aber direkt und zweckbezogen zur Verbesserung von Studienbedingungen und Lehre zur Verfügung stehen. Sie dürfen nicht, anders als das von der rot-grünen Vorgängerregierung seinerzeit in Bezug auf die Einnahmen aus den Langzeitstudiengebühren veranlasst worden ist, dem allgemeinen Landeshaushalt zu gute kommen. Die staatliche Finanzierung darf dadurch nicht reduziert werden.

## **2. Wie wirken sich Studiengebühren auf die soziale Lage der Studierenden und die soziale Zusammensetzung an den Hochschulen?**

**FDP :**

Von der Möglichkeit, Studienbeiträge zu erheben, haben mittlerweile 31 der 36 staatlichen Hochschulen Gebrauch gemacht. Trotzdem gab es in dem Wintersemester 2009/2010 mit 77.600 mehr Studienanfänger als jemals zuvor. Die Gesamtzahl der Studenten erhöht sich um fast 23.000 auf gut 501.000 Studierende. Diese Zahlen belegen, dass nicht von einer abschreckenden Wirkung gesprochen werden kann. Vielmehr erkennen die Studierenden, dass sie durch die Gebühren ein viel größeres Gewicht sowie mehr Einfluss erhalten und schätzen. Studienbeiträge schrecken nicht vom Studium ab und sind nicht sozial selektiv. Mittel aus Studienbeiträgen verbessern nach unserer Auffassung nachhaltig die Studienbedingungen; sie werden vor allem für

- längere Bibliotheksöffnungszeiten,
- bessere Ausstattungen der Lernapparate,
- zusätzliches Lehrpersonal,
- verbesserte technische Ausstattung von Seminarräumen und Laboren,
- mehr Mentoren- und Tutorienprogramme

verwandt. Nach Ansicht der FDP sind die Hochschulen aufgrund jahrzehntelanger Unterfinanzierung durch Rot-Grün dringend auf die Mittel aus den Studienbeiträgen angewiesen. Eine Streichung der Studienbeiträge ginge zu Lasten der Studentinnen und Studenten in unserem Land.

**SPD :**

Studierende müssen für ihren Lebensunterhalt und für die Studiengebühren sorgen und gleichzeitig mit dem Druck in den schlecht umgesetzten Bachelor-Studiengängen zurecht kommen, die kaum Freiraum zum jobben lassen. Die Folge ist, dass mittlerweile fast jeder dritte Bachelor-Student sein Studium abbricht. Fast ein Fünftel der Studienabbrecher insgesamt geben finanzielle Probleme als Grund an. (HIS) Gerade die Studierenden in NRW trifft das besonders hart. Denn hier ist die soziale Lage der Studierenden besonders schwierig: jeder/jede Fünfte lag nach der letzten Sozialerhebung des Studentenwerkes mit seinem Monatsbudget unter dem Bafög-Höchstsatz von 648 Euro. Überdurchschnittlich viele Studierende in NRW (69 Prozent) müssen neben dem Studium jobben. (HIS)

**GRÜNE :**

Zunächst ist festzustellen, dass sich die Studiengebühren definitiv negativ auf die Bereitschaft von Studienberechtigten ausgewirkt haben, ein Studium aufzunehmen. Und es spricht alles dafür, dass dieser Effekt bei Studienberechtigten aus unteren oder mittleren Einkommensgruppen stärker ausgeprägt ist als bei Studierenden aus reichen Elternhäusern. Ob dies tatsächlich so ist und wie stark dieser Effekt ist, dazu liegen derzeit (noch) keine verlässlichen Daten vor. Erste Hinweise gibt es jedoch aus einer Studie über die soziale Zusammensetzung der Studierenden der Ruhr-Uni Bochum, in der zwar bisher (noch) keine Veränderung seit der Einführung der Gebühren sichtbar ist, der zufolge sich aber die Belastung von Studierenden aus unteren und mittleren Einkommensschichten durch Erwerbsarbeit wegen der Studiengebühren stärker erhöht hat als bei den übrigen Studierenden – bis hin zu der Aussage, dass 8% der Studierenden angeben, wegen dieser

zusätzlichen Belastungen möglicherweise ihr Studium abbrechen zu müssen.

#### *FAMILIE :*

Fakt ist, dass nicht alle Eltern das Studium ihrer Kinder bezahlen können. Demnach müssen die Studenten BaFöG und/ oder Studentenkredite beantragen oder neben dem Studium arbeiten. Soziale Lage: Viele Studenten sind nach dem Studium verschuldet. Auch wenn Studienkredite/ BaFöG oder sonstige Bildungsförderung von allen beantragt werden können, werden tendenziell junge Leute aus ärmeren und mittleren Schichten eher davon abgehalten, ein Studium aufzunehmen.

#### *LINKE :*

Studiengebühren verbessern die Lehre nicht. Die Hochschulen der Gebührenländer haben ihre Ausgaben 2007 nahezu in exakt gleichem Maß gesteigert wie die Unis ohne Gebühren. Anders formuliert: die Länder haben unterm Strich gespart. Gebühren verschärfen aber die soziale Auslese. Sie zwingen Studierende, ihre Studienentscheidung nach Renditeaussichten ihres Fachs zu treffen, um das spätere Verschuldungsrisiko abzumildern. Außerdem sind Frauen durch das Bezahlstudium besonders benachteiligt, denn sie verdienen durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer. Daneben führen Betreuungsunterbrechungen für Angehörige dazu, dass sie deutlich länger als Männer Studiengebühren zurückzahlen. DIE LINKE fordert ein gebührenfreies Studium – damit ein Studium nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

#### *PIRATEN :*

Studiengebühren verschlechtern die soziale Lage vieler Studenten ungemein. Gerade in den Studiengängen, die bereits im Zuge der Bologna-Reform auf Bachelor/Master und eine Anwesenheitspflicht umgestellt wurden, wird es vielen Studierenden unmöglich gemacht, neben dem Studium zu arbeiten, um die Studiengebühren oder ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Dies hält viele potentielle Studenten von einem Studium ab, da sie auf keine finanziellen Reserven zurückgreifen können, keine potenten Geldgeber in Form ihrer Eltern haben oder keine Schulden aufnehmen wollen, um ein Studium mit ungewissem Ausgang aufnehmen zu können. Das führt dazu, dass weniger Absolventen der Allgemeinen Hochschulreife aus Haushalten mit geringem Einkommen ein Studium beginnen und sich der Fokus auf einkommenstärkere soziale Schichten verlagert.

### **3. Wie werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode zu Studiengebühren positionieren?**

#### *LINKE :*

Als einer unserer ersten parlamentarischen Initiativen im Landtag NRW werden wir beantragen, die Studiengebühren in NRW abzuschaffen.

#### *PIRATEN :*

Wir werden dafür sorgen, dass die Studiengebühren wieder abgeschafft werden und durch Landesmittel ersetzt werden.



#### *FDP :*

Die FDP wird an den Studienbeiträgen in der derzeitigen Regelung festhalten. Jede Hochschule soll weiterhin frei entscheiden können, ob sie überhaupt und in welcher Höhe sie Studienbeiträge erhebt. Wir wollen die Möglichkeit der Einnahmeerzielung aus Studienbeiträgen in Höhe von maximal 500 Euro pro Semester für die Hochschulen erhalten. Mit diesem zusätzlichen Finanzierungsinstrument können die Hochschulen zusätzliche Verbesserungen in der Lehre und den Studienbedingungen erreichen. Die Studienbeiträge sichern den Hochschulen jährlich zusätzliche Einnahmen in Höhe von bis zu 280 Millionen Euro für die Verbesserung von Studienbedingungen und Lehre. Darüber hinaus stellt das Land den Hochschulen heute 400 Millionen Euro mehr zur Verfügung als noch 2005, damit stehen den Hochschulen selbst ohne Studienbeiträge 15 Prozent mehr Mittel zur Verfügung als noch unter Rot-Grün.

#### *SPD :*

Wir wollen Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule. Deshalb werden wir die Studiengebühren abschaffen. Wir haben uns darauf geeinigt, dass ein Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren eine der ersten gesetzgeberischen Maßnahmen einer von der SPD geführten Regierung sein wird. Wir wissen aber auch, dass insbesondere eine solide Grundfinanzierung der Hochschulen wichtig ist, um so im Sinne von Hochschulautonomie wirkliche Handlungsspielräume zu eröffnen. Deshalb wollen wir gewährleisten, dass den Hochschulen die Mittel aus Studiengebühren nach deren Abschaffung in gleichem Umfang ersetzt werden. Diese Mittel sollen wie im Falle von Drittmitteln nicht kapazitatswirksam zur Verfügung stehen. Über deren Verwendung sollen die Hochschulen gemeinsam mit den Studierenden entscheiden. So kann sichergestellt werden, dass diese zur Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre eingesetzt werden.

#### *FAMILIE :*

Studiengebühren für das Erststudium abschaffen. Sollte dies nicht möglich sein, muss ein verantwortungsvoller Umgang mit den Geldern sichergestellt sein. Die Gelder sollten nicht ausschließlich die Politik entlasten, sondern vielmehr zur Optimierung der Universitäten beitragen.

#### *GRÜNE :*

Wir GRÜNE stehen ohne wenn und aber zur Abschaffung der Studiengebühren und werden unmittelbar nach der Wahl erneut einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, für den es dann hoffentlich eine Mehrheit geben wird.

## **4. Wie beurteilen Sie das Studiendarlehen der NRW-Bank?**

#### *FAMILIE:*

0% Finanzierung ist okay. Allerdings fangen die Studierenden ihr Berufsleben gleich mit einem Berg von Schulden an.

#### *LINKE :*

Der einzige Profiteur dieser Studienbeitragsdarlehen ist die NRWBank. AbiturientInnen überlegen sich zweimal ob sie ein Studium aufnehmen, wenn ein Schuldenberg von 10.000 Euro winkt. Wie zynisch diese schwarz-gelbe Landesregierung mit der Zukunft von

jungen Menschen umgeht, zeigt deren Annahme, dass eine individuelle Verschuldung und Kreditaufnahme eine sozial verträgliche Studienfinanzierung sei. Diesen Zustand wird DIE LINKE.NRW nach der Wahl direkt beenden und eine kluge öffentliche Studienfinanzierung und ein Studium ohne Gebühren erreichen.

#### *FDP :*

Das Studienbeitragsgesetz im Zusammenhang mit den Studienbeitragsdarlehen in Nordrhein-Westfalen ist das sozialverträglichste in Deutschland. So können die Beiträge nachgelagert entrichtet werden, indem die Studierenden das ihnen zustehende Darlehen der NRW.Bank in Anspruch nehmen und so erst frühestens zwei Jahre nach Studienabschluss mit der Darlehensrückzahlung und nur bei hinreichendem Einkommen beginnen müssen. Die Rückzahlung des Darlehens ist zusammen mit dem Darlehensanteil des BAföG auf eine Summe von 10.000 Euro begrenzt. Das Risiko eines Ausfalls bei der Darlehensrückzahlung trägt der Ausfallfonds. Fast jedem zweiten ehemaligen Studierenden, der im Wintersemester 2009/2010 mit der Rückzahlung seines Studienbeitragsdarlehens hätte beginnen müssen, sind aufgrund der beschriebenen Deckelung die Studienbeiträge komplett erlassen worden.

#### *GRÜNE :*

Die Studienbeitragsdarlehen sind - genau wie andere Kredite oder die schwarz-gelben Elite-Stipendien nur unzulängliche Reparaturmaßnahmen an einer falschen Grundentscheidung: Der Einführung allgemeiner Studiengebühren. Für uns GRÜNE ist deshalb klar: Die Studiengebühren müssen weg - und damit werden auch die Studienbeitragsdarlehen überflüssig

#### *SPD :*

Großer Gewinner der durch die schwarz-gelbe Koalition eingeführten Studiengebühren ist die NRW-Bank. Alle Studierende, deren Hochschulen Gebühren einfordern, mussten zunächst 23 Prozent, mittlerweile immerhin noch 14 Prozent, ihrer Beiträge an den Ausfallfonds der NRW.Bank abführen. Diese Vorgabe gilt unabhängig davon, ob und in welcher Höhe Darlehen aufgenommen werden, unabhängig davon, ob sie verzinst, gestundet, zurückgezahlt, gekappt oder ausfallen werden. Zurzeit sind deshalb nur 86 Prozent der gezahlten Studienbeiträge echte Zusatzeinnahmen für die Hochschulen und können der Verbesserung der Studienbedingungen dienen. Hinzu kommt, dass nur ein Bruchteil der Studierenden, die Studiengebühren zahlen, ein Darlehen aufnimmt, trotzdem aber alle in den Ausfallfonds einzahlen. Das heißt, hier werden den Studierenden, ihren Eltern und den Hochschulen unter dem Deckmantel eines sozialverträglichen Förderprogramms Millionenbeträge aus den Taschen gezogen. Grundsätzlich verschieben Studiendarlehen die zusätzlichen finanziellen Belastungen und die Ungleichbehandlung auf die Zeit nach dem Studium. Vor allem Studierende aus der Mittelschicht, die knapp über den Einkommensgrenzen des BAföG und Studierende aus einkommensschwachen Familien werden mehr als doppelt so hoch belastet wie Studierende aus einkommensstarken Familien, die die Studienbeiträge sofort begleichen können. Zusätzlich dazu sehen wir die Gefahr, dass auch Studierende mit Teilforderung durch BAföG auf Grund der Verdienstgrenzen in eine zusätzliche Verschuldung gezwungen werden.

### **PIRATEN :**

Die Darlehen für Studierende versuchen auf fragwürdige Weise ein Symptom zu behandeln, was man sich mit der Einführung von Studiengebühren selbst geschaffen hat. Wir lehnen es ab, dass man sich in Nordrhein-Westfalen verschulden muss, um die Chance zu haben, ein Studium zu absolvieren. Von der Bildung des Einzelnen profitiert die Gesellschaft als Ganzes. Daher sehen wir es als eindeutige Aufgabe der Gesellschaft an, den Zugang zu Bildung für jeden zu ermöglichen

## **5. Wie zufrieden sind Sie mit der Umsetzung des Hochschulpaktes in NRW, z.B. im Hinblick auf die doppelten Abiturjahrgänge?**

### **LINKE :**

Die im Rahmen des „Hochschulpakt II“ geplanten 18-Milliarden-Investitionen ins Bildungswesen sind völlig unzureichend. Die neubewilligten Milliarden gehen an die falsche Stelle, nämlich in erster Linie an außeruniversitäre Forschung und die unsoziale „Exzellenzinitiative“, von denen nur die Spitzenforschung an einigen wenigen Universitäten profitiert. Auch die vorgesehene Schaffung von 275 000 neuen Studienplätzen gehen nicht weit genug. Die von der Bundesregierung gefeierte Neuschaffung von Studienplätzen fängt in der Realität nicht einmal die Doppeljahrgänge des Turboabiturs auf. An dem schlechten Betreuungsverhältnis und überfüllten Hörsälen werden die Programme der Bundesregierung nichts ändern. DIE LINKE fordert 500.000 neue Studienplätze zu schaffen und komplett aus zu finanzieren. Ansonsten wird die soziale Selektion in der Hochschulbildung weiter zunehmen.

### **SPD :**

Mit der Umsetzung des Hochschulpaktes in NRW kann man nur unzufrieden sein. Schließlich hinkt NRW im Bundesländervergleich hinterher. Bisher wurden im Rahmen des Hochschulpakts I in NRW nur 10.717, das ist nicht einmal die Hälfte der bis 2010 vereinbarten 26.300 Studienplätze, ausgebaut. Die Neueinschreibungen in Nordrhein-Westfalen sind seit 2005 nur um 2,8 Prozent gestiegen - der zweitschlechteste Wert bundesweit. Resultat dessen ist, dass NRW als einziges Bundesland nicht die volle finanzielle Unterstützung für den Studienplatzausbau aus Berlin erhält. NRW muss auf fast 18 Millionen Euro verzichten. Hinzu kommt, dass nun nur die anderen Bundesländer weitere 439 Millionen Euro, die der Bund zusätzlich zur Verfügung stellt, unter sich aufteilen dürfen. Das heißt, NRW hat Gelder, die der Bund zur Verfügung gestellt hat, damit die Länder besser auf die doppelten Abiturjahrgänge vorbereitet sind, nicht wie vereinbart in den Studienplatzausbau investiert. Hinzu kommt, dass auch der Anteil von Landesmitteln für den Hochschulpakt 2020 in NRW unterdurchschnittlich ist. In NRW beträgt er gerade einmal 55 Prozent, während Länder wie Bayern und Baden-Württemberg 69 bzw. 73 Prozent investieren. Diesem im Bundesländervergleich geringeren Engagement des Landes liegen offensichtlich falsche Annahmen der Landesregierung zugrunde, die davon ausgehen, dass 20.000 zusätzliche Studienplätze ausreichen werden, um allen studierwilligen Absolventinnen und Absolventen des doppelten Abiturjahrgangs einen Studienplatz anbieten zu können. Das ist aber aus unserer Sicht eindeutig zu wenig, weil nach der aktuellen Schulabgängerprognose für das

Jahr 2013 insgesamt 131.700 Schulabgänger mit Hochschulreife prognostiziert werden; rund 53.000 mehr als im Vorjahr 2012. Für den doppelten Abiturjahrgang muss also deutlich mehr gemacht werden.

#### *GRÜNE :*

Aus GRÜNER Sicht ist die Umsetzung des Hochschulpaktes I in NRW auf ganzer Linie gescheitert :Anstelle von ursprünglich geplanten 18.000 zusätzlichen StudienanfängerInnen in den Jahren 2007 bis 2009 sind bisher nur 11.000 zu verzeichnen, so dass zur Erfüllung der ursprünglichen Verpflichtung im laufenden Jahr noch einmal 15.000 zusätzliche StudienanfängerInnen aufgenommen werden müssten - und das ist angesichts des bisherigen Verlaufes und der Situation an den Hochschulen völlig illusorisch. Bemerkenswert ist im Ergebnis auch die extreme Verschiebung von den (teureren Universitäten) zu den (billigeren) Fachhochschulen. Denn während an den Fachhochschulen tatsächlich mehr zusätzliche Studierende aufgenommen wurden als geplant, waren es an den Universitäten sogar deutlich weniger StudienanfängerInnen als im Vergleichsjahr 2005. Mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang ist außerdem festzustellen, dass die Planung der Landesregierung (- selbst wenn sie eingehalten würde -) nicht ausreicht ,da dort bisher nur 20.000 zusätzliche Studienplätze für 50.000 zusätzliche StudienbewerberInnen vorgesehen sind. Alle anderen werden in der entsprechenden Broschüre der Landesregierung mit dem Verweis auf Praktika, Auslandsaufenthalte oder nicht-akademische Ausbildungen in die Warteschleife geschickt - Leidtragende sind so außer den Studienberechtigten zusätzlich auch noch die SchulabgängerInnen mit mittlerem Bildungsabschluss, die mit den AbiturientInnen des Jahrgangs 2013 um Arbeits- und Ausbildungsplätze konkurrieren.

#### *PIRATEN :*

Zu diesem Thema gibt es innerhalb der Piratenpartei noch Diskussionen und keine Parteimeinung. Wir freuen uns über jeden Interessierten der zu diesem Thema mit uns in den Diskurs eintritt.

#### *FAMILIE :*

Die Universitäten sind auf die doppelten Abiturjahrgänge nicht vorbereitet. Demnach wird es viele Abiturienten geben, die keinen Studienplatz finden und sich dann um ihren gesellschaftlichen Platz sorgen. Ebenso wirkt sich das auf die Ausbildungsbetriebe aus. Diese werden zur Anstellung von Abiturienten tendieren und die Schüler der Abschlussklassen zehn, müssen ebenso um ihre berufliche Zukunft bangen.

#### *FDP :*

Die FDP NRW setzt sich dafür ein, dass jeder, der studieren kann und möchte, auch einen Studienplatz erhält. Das vom liberalen Minister Andreas Pinkwart geführte Wissenschaftsministerium hat bereits ein umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht. Eckpfeiler der Planungen, mit denen das Innovationsministerium und die Hochschulen sich auf den doppelten Abiturjahrgang vorbereiten, sind 1,8 Milliarden Euro für die Hochschulen, 3500 neue Professuren, 135.000 zusätzliche Quadratmeter Nutzfläche allein durch den Fachhochschulausbau, 8 Milliarden Euro für Hochschulmodernisierung und einen Bologna-Check für alle Studiengänge. Die Liberalen freuen sich über jeden, der sich für ein Studium entscheidet, und wollen diesen jungen Menschen beste Studienbedingungen bieten. Jede Abiturientin und jeder Abiturient, der

studieren möchte, wird 2013 auch einen Studienplatz erhalten – mit nur einer Einschränkung, die aber auch schon heute gilt: vielleicht nicht in seinem Wunschfach oder an der Hochschule seiner Wahl.

## **6. Halten Sie die derzeitige öffentliche Finanzierung der Hochschulen in NRW für ausreichend? Sind qualitativ hochwertige Studienplätze mit dieser Finanzierung gewährleistet?**

### *PIRATEN :*

Wir sehen nicht, dass die Hochschulen zur Zeit ausreichend aus der öffentlichen Hand finanziert werden. Das Land hat die Einführung der Studiengebühren dazu genutzt, die dringend benötigten Erhöhungen im Hochschul-Etat zu umgehen. Um ein hochwertiges Studium weiter zu gewährleisten, bzw. überhaupt zu ermöglichen, muss der Etat dringend erhöht werden. Fehlendes Lehrpersonal und überfüllte Hörsäle sind leider weiterhin an der Tagesordnung.

### *FAMILIE :*

Die überfüllten und instandsetzungswürdigen Lehrräume zeugen vom Gegenteil.

### *SPD :*

Aus unserer Sicht müssen den Hochschulen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Gerade die neuen Studiengänge erfordern einen höheren Betreuungsaufwand. Deshalb werden wir den Hochschulen in NRW die Mittel aus Studiengebühren nach deren Abschaffung in gleichem Umfang ersetzen. So kann sichergestellt werden, dass diese zusätzlichen Mittel ausschließlich der Verbesserung der Studienbedingungen dienen. Im Bund hat die SPD bei der Föderalismusreform den Kooperationsartikel ~~104b~~ durchgesetzt, der es erlaubt, dass zumindest im Hochschulbereich weiterhin gemeinsame Programme von Bund und Ländern möglich bleiben. Somit konnte das totale Kooperationsverbot der Union verhindert werden. Ohne diesen Einsatz gäbe es keinen Hochschulpakt und keine Investitionen des Bundes in den Ausbau von Studienplätzen, keine Programmpauschale für die DFG-Projektforderung und kein Professorinnenprogramm. Wir brauchen nicht weniger Kooperation zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich, sondern mehr. Dies hat sich zuletzt im Rahmen des Konjunkturpakets II deutlich gezeigt. Nur auf Initiative der SPD konnte das Kooperationsverbot in Art. 104b GG aus dem Jahr 2006 etwas gelockert werden, damit insgesamt 13,3 Milliarden Euro (10 Milliarden Bund und 3,3 Milliarden Länder) in das kommunale Investitionsprogramm fließen konnten. Hiervon sind 65 Prozent, also 8,65 Milliarden Euro, zweckgebunden für Investitionen in Kitas, Schulen, kommunale Bildungseinrichtungen und Hochschulen. Dabei soll es aber nicht bleiben: Wir werden uns weiter für eine Erhöhung der Bildungsausgaben einsetzen.

### *FDP :*

Unter der Regierungsbeteiligung der FDP haben die nordrhein-westfälischen Hochschulen erstmals eine verlässliche Finanzausstattung erhalten. Das Land Nordrhein-Westfalen stellt die finanzielle Sicherheit und ein Höchstmaß an Freiheit und Eigenverantwortung für die Hochschulen sicher. Dabei ist das 2007 in Kraft getretene Hochschulfreiheitsgesetz ein Herzstück der nordrhein-westfälischen Innovationspolitik. Es macht die Hochschulen zu

autonomen Akteuren, die eigenverantwortlich wirtschaften können. Durch die Option, Studienbeiträge zu erheben, und vor allem durch den Zukunftspakt ist die verlässliche Finanzierung der Hochschulen langfristig gesichert. Über den Hochschulpakt erhalten die Hochschulen Mittel zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze. Trotz der überaus schwierigen Finanzsituation hat die nordrhein-westfälische Landesregierung unter Regierungsbeteiligung der FDP den von den Vorgängerregierungen hinterlassenen Investitionsstau an den Hochschulen abgebaut. Wir haben damit die Bedingungen für Lehre und Forschung, für Studenten und Lehrende verbessert. Hierfür haben wir erhebliche Haushaltsmittel freigemacht. Insgesamt geben wir bis 2015 – neben geplanten drei Milliarden für Neubauten an Hochschulen und Baumaßnahmen an Universitätskliniken – zusätzlich zwei Milliarden Euro aus für die Modernisierung und Sanierung der nordrhein-westfälischen Hochschulen. Wir stärken damit ihre Konkurrenzfähigkeit im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe, aber auch um Drittmittel. Dies bedeutet, dass die jährlich vorgesehen Investitionen im Bereich der Hochschulmodernisierung rund zwei Drittel über den Ausgaben der Jahre bis 2005 liegen. Die Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Innovation steigen dieses Jahr auf über 5,8 Milliarden Euro an. Einen Großteil des Geldes von über 3,2 Milliarden Euro bekommen die Hochschulen. Damit entfallen auf die Hochschulen des Landes im Jahr 2010 über 161 Millionen Euro mehr als noch 2009. Das ist eine Steigerung von 4,1 Prozent. Insgesamt sind die Bildungsausgaben unter Beteiligung der FDP massiv angestiegen. Nordrhein-Westfalen gibt in diesem Jahr 40,5 Prozent des Gesamthaushalts für die Bildung aus. Das ist der höchste Anteil aller Bundesländer. Zudem haben sich Bund und Länder beim Bildungsgipfel Ende letzten Jahres darauf verständigt, die jährlichen Bildungsausgaben bis 2015 um 13 Milliarden Euro zu steigern. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Diese Zielsetzung wird die FDP NRW kontinuierlich weiter verfolgen. Für die Liberalen ist klar, dass im Bildungsbereich nicht gespart werden darf. Diese Politik werden wir konsequent weiter verfolgen.

#### **GRÜNE :**

Nein, die derzeitige öffentliche Finanzierung der Hochschulen ist nicht ausreichend. Deshalb treten wir GRÜNE auch dafür ein, die Hochschulen zukünftig besser auszustatten. Und das Geld dafür (und für die Abschaffung der Studiengebühren, s.o.) wäre auch da: Denn wenn wir in NRW an der Regierung beteiligt sind, können wir durch ein Nein von NRW im Bundesrat die unsinnigen Steuergeschenke der schwarz-gelben Bundesregierung an Hoteliers und andere Klientelgruppen verhindern. Und allein dadurch können wir jährlich mindestens 650 Millionen Euro zusätzlich für NRW gewinnen (Ministerpräsident Rüttgers hat die Verluste für NRW aus den Steuerbeschlüssen sogar auf 885 Mio. Euro pro Jahr beziffert) .Außerdem wollen wir langfristig einen Teil des Soli Ost in einen Bildungssoli umwandeln. Auch das wird noch einmal 500 Mio. Euro pro Jahr für Kitas, Schulen und Hochschulen bringen.

#### **LINKE :**

DIE LINKE. NRW hält die aktuelle öffentliche Finanzierung in NRW für unzureichend. Die chronische Unterfinanzierung muss beendet werden, um ausreichend hochwertige Studienplätze zur Verfügung zu stellen.



## **7. Welche Maßnahmen zur Qualitätssicherung sowie Qualitätsentwicklung müssen in den nächsten fünf Jahren ergriffen werden (z.B. Hochschuldidaktik)? Welche obliegen insbesondere den Hochschulen und welche dem Land NRW?**

### *FAMILIE :*

Hier gilt es in selbstverpflichtende und vorgeschriebene Maßnahmen zu unterscheiden. Leistungsmessung ist wichtig, auch und gerade für die Lehrenden. Leider führt Qualitätssicherung (nicht nur im Hochschulbereich) zu mehr Bürokratie, aber nicht immer zu mehr Qualität. Bei vorgeschriebenen Maßnahmen ist die Gefahr besonders groß, nur dem Buchstaben des Gesetzes Genüge zu tun, aber nicht wirklich inhaltlich dahinter zu stehen. Im Hinblick auf die doppelten Abiturjahrgänge halten wir eine Ausweitung des Studienangebotes sowie weitere Dozentenstellen für sinnvoll.

### *SPD :*

Wir wollen als Landesregierung wieder starker mit den Hochschulen zusammenarbeiten. Wir wollen uns auf gemeinsame Qualitätskriterien verständigen, die dann Grundlage eines neuen Berichtswesens werden sollen. Nur so können wir sicherstellen, dass die Qualitätskriterien, die uns gemeinsam wichtig sind, auch von den Studierenden an allen Hochschulen des Landes eingefordert werden können. Eines der wichtigsten Kriterien in diesem Zusammenhang ist natürlich die Qualität der Lehre. Wir wollen, dass gute Lehre, wie die Forschung auch, ein wichtiges Profilierungsmerkmal der Hochschulen wird. Wir wollen Anreize setzen, die es für Hochschulen attraktiver machen, sich wieder starker der Qualität der Lehre zuzuwenden. In diesem Zusammenhang müssen die Betreuungsrelationen zwischen wissenschaftlichem Lehrpersonal und Studierenden, u.a. in den Geistes- und Sozialwissenschaften, verbessert werden. Wir wollen, dass das Beratungsangebot für Studierende an den Hochschulen verbessert wird und dass Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer auch didaktisch qualifiziert werden. Deshalb werden wir die hochschuldidaktische Weiterbildung als Pflichtaufgabe an allen Hochschulen des Landes ausbauen. Zur Qualitätssicherung werden wir ein Netzwerk der hochschuldidaktischen Einrichtungen aufbauen.

Außerdem haben wir uns im Bund erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Hochschulpakt verlängert wird und weitere 275.000 zusätzliche Studienanfängerplätze finanziert werden. Der Hochschulpakt II soll aus Sicht der SPD ein „Pakt für die Studierenden“ werden. Mit dem wettbewerblichen Anreizsystem nach dem Prinzip „Geld folgt den Studierenden“ wollen wir einen positiven Wettbewerb der Länder um die Studierrwilligen und die beste Lehre erreichen. Die Anhebung der durchschnittlichen Fordersätze pro Studienplatz von 22.000 auf 26.000 Euro ist für uns ein notwendiger und unverzichtbarer Beitrag für mehr Qualität in der Lehre. Die bessere materielle Ausstattung der Hochschulen wie die Stärkung der Personalmittel in der Perspektive des Hochschulpakts II sollen den Raum für eine gute Lehre an der Hochschule schaffen.

### *LINKE :*

Für uns muss die „Freiheit“ der Hochschulen beendet werden, in der sich Privatfirmen durch Qualitätsmanagement die Taschen voll machen. Wirkliche Qualitätssicherung erreichen wir durch Stärkung der studentischen Mitwirkung und der Mitsprache auf gleicher Ebene.

Evaluationen müssen ernst genommen werden und nicht nach Ausfüllen der Bögen in der Mottenkiste verschwinden. Wir werden uns dafür einsetzen, bundesweite Hochschuldidaktische Fachtagungen zu schaffen, indem der Dialog aller Mitglieder einer Hochschule im Vordergrund steht.

#### *FDP :*

Die kontinuierliche Verbesserung der Lehre ist ein wichtiger Schwerpunkt der liberalen Hochschulpolitik. Aus diesem Grund hat das liberal geführte Wissenschaftsministerium der Qualitätsentwicklung und -sicherung für Studium und Lehre in den aktuellen Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den nordrhein-westfälischen Hochschulen eine hohe Bedeutung zukommen lassen. Zu den hierbei eingesetzten Qualitätsmessinstrumenten gehören beispielsweise die Implementierung dauerhafter Verfahren zur Beobachtung des Studienverlaufes und zur Erforschung des Verbleibs und des Erfolgs der Absolventen am Arbeitsmarkt, studentische Lehrveranstaltungsbewertungen und gezielte Unterstützungsprogramme für die Studieneingangsphase. Darüber hinaus begrüßt die FDP NRW, dass Bund und Länder im Rahmen der Neuauflage der Exzellenzinitiative als neues Kriterium in der dritten Förderlinie (sog. Elite-Unis) die Bewertung der Lehre als neues Kriterium eingeführt haben. Die FDP NRW begrüßt die Ankündigung des Wissenschaftsministers Andreas Pinkwart, die Unterstützung der Bewerbungen von nordrhein-westfälischen Universitäten bei der Neuauflage der Exzellenzinitiative von Erfolgen in der Lehre abhängig zu machen. Die Universitäten müssen ein Zukunftskonzept für exzellente Lehre vorlegen und Fortschritte bei der Verbesserung von Studium und Lehre nachweisen.

#### *PIRATEN :*

Zu diesem Thema gibt es innerhalb der Piratenpartei noch Diskussionen und keine Parteimeinung. Wir freuen uns über jeden Interessierten der zu diesem Thema mit uns in den Diskurs eintritt.

#### *GRÜNE :*

Wir GRÜNE haben bereits im Jahr 2008 in unserem Antrag "Qualität der Lehre verbessern - Hochschuldidaktik stärken (Landtagsdrucksache 14/6960)" ein Konzept zur Weiterentwicklung der Hochschuldidaktik gefordert. Ziel muss es u.a. sein, die hochschuldidaktische Forschung zu stärken, die hochschuldidaktischen Zentren auszubauen und besser zu vernetzen und vor allem auch die hochschuldidaktische Fortbildung für alle Lehrenden verbindlicher zu gestalten. Darüber hinaus müssen hochschuldidaktische Qualifikationen bei der Personalentwicklung an den Hochschulen - vor allem bei der Berufung von ProfessorInnen - ein stärkeres Gewicht bekommen als heute.

Aufgabe des Landes wäre es in diesem Zusammenhang insbesondere, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen (ggf. verknüpft mit konkreten Zielvorgaben), aber auch strukturelle und organisatorische Unterstützung bei der Vernetzung usw. zu liefern. Darüber hinaus müssen die landesrechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, um beispielsweise im Hochschulgesetz möglichst verbindliche Vorgaben für Qualifikationen von ProfessorInnen, aber auch für die strukturelle Verankerung von Qualitätssicherung, Lehre und Didaktik in der Hochschule zu machen.

**8. Die Kapazitätsverordnung (KapVO) beruht auf einem Curricularnormwert-Modell, das heißt für jeden Studiengang wird ein verbindlicher Curricular-Normwert (CNW) errechnet, der den Betreuungsbedarf angibt. Wie stehen Sie zur Ausgestaltung des Kapazitätenrechts in NRW? Würden Sie hier Änderungen vornehmen?**

*FDP :*

Siehe Frage 9!

*SPD :*

Angesichts des nachweislich höheren Betreuungsaufwands in den neueingeführten Bachelor-Studiengängen, halten wir eine Anpassung der Kapazitätsverordnung für bedenkenswert. Bisher sind uns jedoch keine Korrekturvorschläge bekannt, die die höchstrichterliche Rechtssprechung angemessen berücksichtigen.

*GRÜNE :*

Nicht erst seit den Bildungsstreiks ist klar, dass das Kapazitätsrecht überarbeitet werden muss, um eine bessere Betreuung vor allem in den Bachelor-Studiengängen zu ermöglichen. Damit dies nicht zu einer Reduzierung der Studienplätze führt ,müssen gleichzeitig aber auch mehr Landesmittel zur Verfügung gestellt werden; vor allem dann, wenn - wie von uns beabsichtigt - die Studiengebühren abgeschafft werden. In diesem Zusammenhang sollten grundsätzlich alle derzeitigen CNW's auf den Prüfstand gestellt werden und auch die bestehenden Unterschiede zwischen Uni- und FH-Studiengängen einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Unser langfristiges Ziel bleibt jedoch, die Hochschulen so gut auszustatten, dass eine "Mangelverwaltung" mit Hilfe von NC's und KapVO überflüssig wird.

*LINKE :*

Die Kapazitätsverordnung entspricht nicht mehr den heutigen Ansprüchen einer Hochschule. Überfüllte Hörsäle und Wartezeiten für Sprechstunden sind für Studierende, MitarbeiterInnen und ProfessorInnen nicht zumutbar. Hier gilt es neue Rahmenbedingungen zu setzen. DIE LINKE.NRW wird mehr Geld in die Infrastrukturen der Hochschulen stecken und gleichzeitig mehr Geld für neue Stellen in der Wissenschaft schaffen. Hier werden wir besonders Frauen fördern, indem wir darauf setzen langfristig eine Parität in der Besetzung der Lehrstühle anstreben.

*FAMILIE :*

Der Bologna-Prozess hat gezeigt, dass die damit verbundenen Veränderungen nicht die angekündigten Ziele erreicht haben. Daher muss hier vermutlich noch mal von vorn begonnen werden.

*PIRATEN :*

Zu diesem Thema gibt es innerhalb der Piratenpartei noch Diskussionen und keine Parteimeinung. Wir freuen uns über jeden Interessierten der zu diesem Thema mit uns in den Diskurs eintritt.

## **9. Welchen Betreuungsschlüssel streben Sie an?**

### *LINKE :*

DIE LINKE.NRW will neue gut bezahlte MitarbeiterInnen zur Verbesserung der Betreuung der Studierenden einstellen. Diese sollen nicht wie bisher schlecht bezahlt und befristet eingestellt werden, sondern eine deutliche Steigerung der sog. Betreuungsrelation bringen. Hierbei sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

### *PIRATEN :*

Zu diesem Thema gibt es innerhalb der Piratenpartei noch Diskussionen und keine Parteimeinung. Wir freuen uns über jeden Interessierten der zu diesem Thema mit uns in den Diskurs eintritt.

### *FAMILIE :*

Der Betreuungsschlüssel ist fachabhängig, denn der Aufwand in den Fächern ist unterschiedlich. Je nach Semester und den entsprechenden Vorgaben müssen unterschiedliche Betreuungsschlüssel angewendet werden. Eine unkonventionelle Methode wäre es, einfach mal die Studenten zu fragen, wie viele Betreuer sie in welchem Semester ihres Faches bzw. Seminars sie für angemessen halten.

### *SPD :*

Die nach Fächern und Studiengang angestrebten Betreuungsschlüssel sollten gemeinsam mit den Hochschulen, möglichst unter Einbindung des Wissenschaftsrats und der Hochschulrektorenkonferenzen, entwickelt werden.

### *FDP :*

Die Fragen 8. und 9. werden zusammenhängend beantwortet. Ein besonderer Mittelansatz zur Verbesserung der Betreuungsrelation ist aus Sicht der FDP nicht erforderlich, denn den Hochschulen standen noch nie so viele Mittel zur Verfügung wie heute. Der Zukunftspakt, den die Landesregierung 2006 mit den Hochschulen geschlossen hat, gibt finanzielle Planungssicherheit und sichert den Hochschulen Wachstum trotz der Krise. Demzufolge sind die Landeszuschüsse für die Hochschulen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und liegen derzeit bei rund 3,2 Milliarden Euro. Zudem hat die derzeitige Regierungskoalition den Hochschulen unter anderem 1,8 Milliarden Euro aus dem Hochschulpakt II zugesichert, um die Personalentwicklung weiter voran zu treiben. In den kommenden zehn Jahren können die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen damit 3500 neue Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter einstellen. Hinzu kommt Geld aus dem Globalbudget der Hochschulen und aus Studienbeiträgen. Im Gegensatz zu Landesmitteln bieten Mittel aus Studienbeiträgen den Vorteil, dass sie nicht kapazitätsrelevant sind. Denn die sogenannte Kapazitätsverordnung bedingt, dass bei der Einrichtung von steuerfinanzierten Stellen, also Stellen aus Landesmitteln, mehr Studienplätze angeboten werden müssen. Für Studienbeiträge gilt das nicht, so dass die Betreuungsrelation durch die Schaffung von Stellen aus Studienbeiträgen wirklich verbessert werden kann. Ferner wird das liberal geführte Wissenschaftsministerium einen Personalaufwuchs in den kommenden Monaten mit jeder Hochschule fest in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen verabreden.

### **GRÜNE :**

Diese Frage lässt sich nicht pauschal, sondern nur bezogen auf einzelne Studiengänge bzw. Veranstaltungen beantworten. Klar ist aber, dass die Betreuung an vielen Stellen verbessert werden muss. Dabei wäre es jedoch auch zu kurz gegriffen, dies nur an einem quantitativen Betreuungsschlüssel festzumachen. Vielmehr sollten auch qualitative Aspekte wie die Qualifikation und Weiterbildung der Betreuenden, eine möglichst flexible zeitliche Gestaltung der Angebote oder die räumliche und technische Ausstattung bei der Verbesserung der Betreuung berücksichtigt werden.

## **10. Wie stehen Sie zur Neugründung der drei Fachhochschulen in NRW? War dies sinnvoll oder hätte man Kapazitäten an anderen Hochschulen ausbauen sollen?**

### **FDP :**

Der Ausbau der nordrhein-westfälischen Fachhochschullandschaft mit seinen drei Neugründungen Hamm-Lippstadt mit den Standorten in Hamm und Lippstadt, Rhein-Waal mit den Standorten in Kleve und Kamp-Lintfort und Ruhr West mit den Standorten in Mülheim und Bottrop sowie an den acht weiteren Ausbaustandorten leistet nach Ansicht der Liberalen einen wichtigen Beitrag zur Schaffung neuer Studienplätze. Der Ausbau ist zugleich auf die Stärkung der MINT-Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ausgerichtet, denn Absolventen dieser Fächer werden in Zukunft auf dem Arbeitsmarkt besonders gefragt sein. Mit dem Ausbau der Fachhochschullandschaft wollen wir daher auch eine strukturelle Fachkräftelücke in diesem Bereich vermeiden. Gleiches gilt mit Blick auf den Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften im Gesundheitswesen für die neue Fachhochschule für Gesundheitsberufe auf dem Gesundheitscampus in Bochum. Die FDP will sicherstellen, dass die neuen Fachhochschulen bei der Aufnahme ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit die notwendige Unterstützung durch die Landesregierung erhalten. Insgesamt wollen wir bis 2020 für den Fachhochschulausbau 1,3 Milliarden Euro investieren und 11.000 neue Studienplätze schaffen. Ziel der Liberalen ist es, im Interesse der Praxisnähe den Anteil der Fachhochschulen an der Hochschulausbildung von derzeit 25 Prozent auf 40 Prozent zu erhöhen. Davon erhoffen wir uns auch, dass sich mehr junge Menschen aus Elternhäusern ohne akademische Tradition für die Aufnahme eines Studiums entscheiden.

### **SPD :**

Wir begrüßen natürlich die Schaffung zusätzlicher Studienplätze in NRW, ganz besonders auch an Fachhochschulen. Das gilt besonders mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang und den schleppenden Studienplatzausbau im Rahmen des Hochschulpaktes. Auf Grund der demografischen Entwicklung wäre der Ausbau bestehender Standorte sicherlich sinnvoller, schneller und kostengünstiger gewesen. Trotzdem erkennen wir aber auch an, dass neue Standorte unter strukturpolitischen Gesichtspunkten natürlich zusätzliche Wirkungen für die Regionen entfalten können.

### **PIRATEN :**

Zu diesem Thema gibt es innerhalb der Piratenpartei noch Diskussionen und keine Parteimeinung. Wir freuen uns über jeden Interessierten der zu diesem Thema mit uns in

den Diskurs eintritt.

**FAMILIE :**

Neugründung von Fachhochschulen hat oftmals Prestigeegründe. Man kann damit in die Presse und sich im Erfolg sonnen. Darüber wird dann schnell vergessen, dass die eigentlichen Hausaufgaben der Politik (mal wieder) nicht angemessen erfüllt wurden. Daher halten wir es für sinnvoll, vorhandene Kapazitäten ordentlich zu organisieren und ggfs. Auszuweiten.

**GRÜNE:**

Wir GRÜNE haben in der ablaufenden Legislaturperiode immer wieder die Schaffung zusätzlicher gut ausgestatteter Studienplätze eingefordert – nicht nur, aber auch mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang. Gerade vor diesem Hintergrund ist jedoch festzustellen, dass das so genannte "Fachhochschulprogramm" von Minister Pinkwart insgesamt weder strukturell noch finanziell geeignet ist, den steigenden Bedarf an Studienplätzen in NRW zu erfüllen. Vielmehr wäre es in der Tat sinnvoller gewesen, Kapazitäten an anderen Hochschulen, ggf. auch mit der Gründung neuer Standorte, auszubauen. Leider ist jedoch festzustellen, dass die fachlichen Argumente für die Landesregierung letztlich weniger Gewicht hatten als das Bemühen, möglichst viele lokalpolitische Interessen vor Ort zu befriedigen.

**LINKE :**

DIE LINKE.NRW befürwortet die Gründung von neuen Leuchtturmprojekten nicht, denn die Ausstattung der bereits vorhandenen Hochschulen muss verbessert werden. Wir lehnen den künstlich erzeugten Wettbewerb unter den Hochschulen ab, da er immer Gewinner und Verlierer hervorbringt. DIE LINKE.NRW steht für eine gut finanzierte und gut ausgestattete Hochschullandschaft NRW.

## **11. Wie sollten Forschungsgelder Ihrer Meinung nach an Hochschulen verteilt werden?**

**FAMILIE :**

Ein Teil der Forschungsgelder sollte nach Exzellenz verteilt werden, um so Anreize zu besonderen Anstrengungen zu geben. Es muss aber weiterhin auch ein Teil der Forschungsgelder „nach Gießkanne“ verteilt werden, um Bereiche, in denen die Lehre mehr Anstrengung als die Forschung verlangt, ebenfalls ausreichend abzusichern.

**LINKE :**

DIE LINKE.NRW steht dafür, dass die Gelder für Forschung nicht nach der Verwertbarkeitslogik verteilt werden, sondern insbesondere auch Forschungsgelder in Bereiche gehen, die nicht den MINT-Fächern angehören. Wir sind für starke Hochschulen, in denen die Vielfalt des Fächerangebotes entscheidend ist und nicht der „wirtschaftliche Nutzen“. Besonders Forschungsgelder für Rüstung und auch die sogenannte Drittmittelerwerbungen lehnen wir ab.

### *SPD :*

Grundsätzlich wollen wir, dass die Anzahl der zu betreuenden Studierenden, spezielle Anforderungen der jeweiligen Fächer und deren Forschungsleistung Parameter für die Verteilung von Forschungsgeldern sind. Abgesehen davon wollen wir den Weg, der von der früheren SPDBundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn initiierten Exzellenzinitiativen weitergehen. Dabei hat die SPD immer einen Schwerpunkt auf die Entwicklung von Spitzenclustern und Graduiertenschulen gelegt, weil unsere Hochschulen nicht über alle Fächer gleich exzellent sein können. Die Exzellenzinitiative hat zu einem dynamischen Aufbruch in der deutschen Hochschullandschaft geführt. Bis 2011 wendet allein der Bund zusätzlich über 1,9 Milliarden Euro Fördermittel für die Hochschulen auf. Mit der nun vereinbarten Exzellenzinitiative II zur Förderung universitärer Spitzenforschung steigern wir die Stärkung der deutschen Hochschullandschaft sogar noch. Bei der Gewichtung der Forderung müssen aus unserer Sicht die Geistes- und Sozialwissenschaften starker berücksichtigt werden.

### *GRÜNE :*

Grundsätzlich ist eine wettbewerbsorientierte Vergabe von Forschungsmitteln aus GRÜNER Sicht sinnvoll. Dabei muss jedoch sichergestellt werden, dass es tatsächlich einen fairen Wettbewerb gibt und nicht einige Hochschulen oder Fachbereiche durch die Gestaltung der Wettbewerbsbedingungen von vornherein einen Vorteil haben. Außerdem gilt es auch, den Grundsatz des Gender Mainstreamings bei Forschungsprojekten von Anfang an zu berücksichtigen; das betrifft auch die Gestaltung der Ausschreibungen und Vergabeverfahren für die Forschungsmittel.

### *PIRATEN :*

Obwohl wir selbst keinen idealen Verteilungsschlüssel oder Ähnliches anbieten können setzen wir uns dafür ein, dass transparente Regeln zur Verteilung von Geldern gefunden und umgesetzt werden. Außerdem werden wir, im Rahmen der Förderung von Open Access an den Universitäten, dafür sorgen, dass zur Beurteilung von Mittelvergaben besonders solche Publikationen herangezogen werden, die der Allgemeinheit offen zur Verfügung stehen. Damit wollen wir einen Anreiz zur Nutzung von frei zugänglichen Veröffentlichungen schaffen.

### *FDP :*

Die Liberalen halten eine Verteilung der Forschungsgelder in Wettbewerbsverfahren für zielgerichtet. Mit Wettbewerbsverfahren wird unseres Erachtens eine höhere Effektivität der Steuerung erreicht. Wettbewerbe stehen für die Abkehr von eher hierarchischen Steuerungs- und Regulierungsformen. Statt einer zentral gesteuerten Ausgleichs- und Verteilungspolitik anhand einheitlicher Standards für die regionale Ausstattung mit Basisinfrastrukturen geht es nunmehr um die Aktivierung endogener Entwicklungspotentiale. Die Steuerung erfolgt über rahmensetzende Zielvorgaben, Anreize und Budgets und setzt auf die regionale Selbstorganisation, die eigene Strategiebildung und Identifizierung der eigenen Stärken. Er fördert die Kooperation öffentlicher und privater Akteure, ermöglicht eine breite Forschungs- und Innovationsförderung und stärkt die Transparenz in den Vergabeverfahren. Die finanzielle Grundausstattung für die Forschung wollen wir in diesem Zusammenhang aber nicht in Frage stellen; auf diese ist jede Hochschule angewiesen.

## **12. Ist Wettbewerb um die Verteilung der öffentlichen Finanzierung für Hochschulen sinnvoll? (Insbesondere gemeint sind die Leistungs-Orientierte Mittelvergabe und Mittel durch die Exzellenzinitiative)**

**LINKE :**

DIE LINKE. NRW hält einen Wettbewerb um die Verteilung der Mittel nicht für sinnvoll, da so von den Geldern nur bestimmte Universitäten profitieren. Dies verschärft aus unserer Sicht nur die soziale Selektion an den Hochschulen.

**GRÜNE**

Auch hier gilt : Grundsätzlich ist eine wettbewerbsorientierte Vergabe öffentlicher Mittel aus GRÜNER Sicht sinnvoll ,sofern sichergestellt werden, dass es tatsächlich einen fairen Wettbewerb gibt und nicht einige Hochschulen oder Fachbereiche durch die Gestaltung der Wettbewerbsbedingungen von vornherein einen Vorteil haben und auch andere wichtige Grundsätze wie das Gender Mainstreaming berücksichtigt werden. Entscheidend ist daher vielmehr die Ausgestaltung der Verfahren einschließlich der Frage, nach welchen Kriterien die "Leistung" in der Leistungs-orientierten Mittelvergabe gemessen wird. Denn aus GRÜNER Sicht ist nicht nur die Einwerbung von Forschungsmitteln aus der Industrie oder eine hohe AbsolventInnenquote eine zu honorierende Leistung, sondern auch die erfolgreiche Ausbildung von Studierenden aus sozial benachteiligten Familien, ein hoher Frauenanteil in technischen Studiengängen oder in Leitungsfunktionen oder auch eine gute Vernetzung mit Schulen vor Ort. Zur Exzellenzinitiative ist festzustellen, dass sich diese auf keinen Fall ausschließlich auf die Forschung & beschränken darf - vielmehr sollte sich eine Hochschule nur dann Exzellenzhochschule nennen dürfen, wenn sie auch im Bereich der Lehre, bei der Frauenförderung und in anderen Feldern nachweisbar und nachhaltig "exzellente" Leistungen zeigt.

**FDP :**

Die leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM) ist ein Instrument der staatlichen als auch der internen Hochschulsteuerung, welches durch monetäre Anreize eine Leistungsverbesserung erzeugen soll. Die FDP hält die Verteilung der öffentlichen Mittel im Wettbewerb für äußerst sinnvoll. Die LOM führt zu produktiven Effekten; die Belohnung herausragender Leistungen dient der Qualitätsfortentwicklung. Anhand der LOM können zudem deutliche Anreize gesetzt werden. Sie eröffnet die Möglichkeit, Forschungsförderung wirkungsvoll zu unterstützen. Leistungsindikatoren für die Lehrleistungen sind der Studienerfolg, die Studiendauer sowie die Ergebnisse der schriftlichen Abschlussprüfung. Indikator für die Leistungen in der Forschung sind die Drittmittel und die Publikationen. Außerdem werden die Fortschritte bei der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes bewertet. Die Indikatoren gehen nicht gleichgewichtig in die Berechnung ein. Von den Mitteln werden zunächst 5 Prozent nach den Fortschritten des Gleichstellungsauftrages vergeben.

Die Liberalen begrüßen ausdrücklich die von Bund und Ländern ins Leben gerufene Exzellenzinitiative. Die Exzellenzinitiative unterstützt die universitäre Spitzenforschung und erhöht ihre internationale Sichtbarkeit, schafft hervorragende Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs an Universitäten, vertieft Kooperationen zwischen Disziplinen und Institutionen, stärkt die internationale Vernetzung der Forschung, fördert

die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Wissenschaft und intensiviert den wissenschaftlichen Wettbewerb in Deutschland und verbessert die Qualität des Wissenschaftsstandorts in der Breite. Im Rahmen der Exzellenzinitiative I konnten die nordrhein-westfälischen Universitäten bereits beachtliche Erfolge erzielen. Mit zwölf erfolgreichen Anträgen in den Förderlinien Graduiertenschulen und Exzellenz-Cluster erreichte Nordrhein-Westfalen ein Fördervolumen von gut 350 Millionen Euro. Hinzu kommt das erfolgreiche Zukunftskonzept der RWTH Aachen, so dass Nordrhein-Westfalen in der Gesamtbilanz zusammen mit Bayern Platz zwei erreichen konnte. Die Exzellenzinitiative II wird im März 2010 ausgeschrieben und umfasst den Zeitraum bis 2017. Sie ist mit 2,7 Milliarden Euro dotiert, wobei die Mittel zu drei Vierteln vom Bund und zu einem Viertel vom jeweiligen Sitzland der Projekte getragen werden. Wie in der ersten Runde umfasst das Programm die drei Förderlinien Graduiertenschulen, Exzellenz-Cluster und Zukunftskonzepte. Die FDP setzt sich dafür ein, dass aussichtsreiche nordrhein-westfälische Universitäten bei ihren Antragstellungen weiterhin die notwendige Unterstützung durch das Land erhalten. Die FDP wird zudem dafür streiten, dass im Landeshaushalt die notwendige Vorsorge für eine erfolgreiche Teilnahme an der Exzellenzinitiative II getroffen wird. Voraussetzung für die Unterstützung durch das Land muss jedoch sein, dass die Universitäten ein Zukunftskonzept für exzellente Lehre vorlegen und Fortschritte bei der Verbesserung von Studium und Lehre nachweisen können.

#### *PIRATEN :*

Zu diesem Thema gibt es innerhalb der Piratenpartei noch Diskussionen und keine Parteimeinung. Wir freuen uns über jeden Interessierten der zu diesem Thema mit uns in den Diskurs eintritt.

#### *FAMILIE :*

Siehe oben. Der Wettbewerb kann ein Mittel sein, aber nicht das alleinige. Denn die Hochschulen richten ihre Tätigkeit dann nach den Förderkriterien aus, die oftmals äußerst kritisch zu sehen sind. Wir benötigen alle Studenten, um später genügend gut ausgebildete Fachkräfte zu haben

#### *SPD :*

Einen Wettbewerb um die Verteilung öffentlicher Mittel zwischen den Hochschulen halten wir für bedingt, aber nicht ausschließlich sinnvoll. Über die leistungsorientierte Mittelvergabe hat die Landespolitik die Möglichkeit, Akzentverschiebungen vorzunehmen und so Qualitätsverbesserungen zu erwirken. Wir wollen dieses Instrument in der Zukunft stärker nutzen, um beispielsweise gute Lehre, Geschlechtergerechtigkeit und die Umsetzung eines Leitbildes familiengerechte Hochschule zu honorieren.

### **13. Wie stehen Sie zur wachsenden Zahl von Privathochschulen in NRW? Was sollte sich aufgrund der Pleite von Witten- Herdecke ändern?**

**FDP :**

Private Hochschulen sind ein fester Bestandteil des akademischen Bildungsangebots und bereichern die regionale Vielfalt. Die FDP NRW sieht in den nichtstaatlichen Hochschulen eine Bereicherung und Ergänzung des Hochschulspektrums in Nordrhein-Westfalen. Sie runden das Studienangebot ab, ergänzen es oder entwickeln es fort. Private Hochschulen sind für die Liberalen ein fester Bestandteil des Wettbewerbs im tertiären Bildungsbereich.

**GRÜNE**

Hochschul-Bildung ist öffentlich Aufgabe, d.h. der Staat ist in der Pflicht ,nicht nur genügend gut ausgestattete Studienplätze anzubieten, sondern auch für ein ausgewogenes Fächerangebot zu sorgen, insbesondere mit Blick auf die so genannten "kleinen Fächer". Privathochschulen sollten daher nur ein öffentliches Angebot ergänzen, keinesfalls aber ersetzen - auch nicht in einzelnen Regionen oder für bestimmte Fachrichtungen. Vor diesem Hintergrund sehen wir GRÜNE die derzeitige Zunahme von privaten Angeboten eher kritisch, insbesondere dort wo sie Teil der "privat-vor-Staat"-Strategie von Schwarz-Gelb ist .Als zusätzliches Angebot können jedoch auch private (Fach)Hochschulen einen Beitrag zur Hochschullandschaft in NRW leisten.

**SPD :**

Öffentlich finanzierte Hochschulen haben für uns Vorrang, um eine fachlich gute und auch regional ausgewogene Ausbildung aller Studierwilligen zu gewährleisten. Diese Vorrangstellung zukunftsfähiger und gut ausgestatteter Hochschulen in öffentlicher Verantwortung schließt privates Engagement nicht aus. Dahinter müssen aber aus unserer Sicht tragfähige Finanzierungskonzepte stehen, damit nicht am Ende eventuelle Verluste aus öffentlichen Mitteln beglichen werden müssen.

**FAMILIE:**

Zunächst ist zu sagen, dass die Privathochschulen i.d.R. schneller auf die jeweilige Marktlage reagieren und so ausbilden, was bzw. wen die Industrie gerade braucht. Sie springen oftmals in Lücken, die von den staatlichen Hochschulen nicht bedient werden. Allerdings ist sehr kritisch zu hinterfragen, wer sich ein Studium an einer Privathochschule eigentlich leisten kann und warum der Staat sich hier aus den von ihm zu erfüllenden Ausgaben herauszieht, obwohl unsere Gesellschaft und ihre Zukunft darauf angewiesen ist. Ob Witten-Herdecke schon komplett pleite ist, kann zurzeit noch nicht abschließend beurteilt werden.

**PIRATEN :**

Wir begrüßen eine private Finanzierung von Bildungseinrichtungen. Wichtig ist jedoch, dass dabei kein zu starker Einfluss seitens der Wirtschaft auf die Lehrinhalte genommen wird und einheitliche Standards, egal ob es sich um private oder öffentliche Hochschulen handelt, gegeben sind. Die Entscheidung, ob der Einzelne an einer privaten oder öffentlichen Hochschule studieren will, liegt bei ihm selbst.

#### *DIE LINKE :*

DIE LINKE. NRW setzt sich für gute öffentliche Bildung ein. Bildung ist staatliche Angelegenheit und darf nicht privatisiert werden. Bestehende private Hochschulen sollen in öffentliche Verantwortung zurück, damit Pleiten wie Witten-Herdecke vermieden werden können. Bildung ist ein Menschenrecht und darf nicht für eine kleine Anzahl Privilegierter mit dem nötigen „Kleingeld“ zur Verfügung stehen.

### **14. Wie beurteilen Sie die Promotionsphase? Ist dies die dritte Phase des Studiums oder die erste Berufsphase?**

#### *LINKE :*

DIE LINKE.NRW hält die Promotionsphase für eine wichtige Säule im Studium. Leider ist vielen AbsolventInnen dieser Zugang verwehrt. Wir setzen uns für den Ausbau der Promotionsstellen ein.

#### *FDP:*

Die Liberalen orientieren sich beim Promotionsablauf am so genannten dritten Zyklus des Bologna-Prozesses (Bologna 3rd Cycle). Dieser dritte Zyklus setzt in der Regel einen Masterabschluss voraus. Im Rahmen der Promotionsphase sollen verstärkt die interdisziplinäre Bearbeitung eines Forschungsthemas geübt, Projektmanagementfähigkeiten und berufsfeldrelevante Schlüsselqualifikationen erworben werden. Kernelement der Doktorandenausbildung ist der Ausweis der Befähigung zur selbstständigen wissenschaftlichen Arbeit. Dies umfasst die Fähigkeit zur Anwendung wissenschaftlicher Methoden sowie vertiefte Kenntnisse der disziplinären und interdisziplinären Bezüge des Forschungsthemas. Die Zahl der strukturierten Promotionsstudiengänge soll erhöht und die Betreuung und Bewertung verbessert werden. Eine Überregulierung der Doktorandenausbildung wollen wir aber vermeiden. Grundsätzlich werden die Forderungen des dritten Zyklus eher durch Graduiertenschulen, strukturierte Promotionsprogramme und Promotionsstudiengänge gewährleistet; allerdings sind bei engagierter Betreuung auch erfolgreiche Individualpromotionen möglich und müssen es weiter bleiben. In § 67 des nordrhein-westfälischen Hochschulgesetzes ist die Möglichkeit der Einrichtung von strukturierten Doktorandenprogrammen oder Graduate Schools bereits vorgesehen. Auch in den Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ein wichtiger Punkt.

#### *SPD :*

Die Promotionsphase sollte aus unserer Sicht der Weiterentwicklung methodischen Wissens aber auch dem Erwerb zusätzlichen Fachwissens dienen. Wichtig ist für uns, dass es mehr Möglichkeiten strukturierter Promotionen beispielsweise in Graduiertenschulen gibt. So bieten sich ausreichend Möglichkeiten, sich im akademischen Feld zu integrieren und Netzwerke aufzubauen. Wir wollen deshalb den Mittelbau finanziell und personell stärken. Das ist gerade auch wegen des höheren Betreuungsaufwandes in den Bachelor-Studiengängen sinnvoll und soll der Entstehung prekärer Beschäftigungsverhältnisse in diesem Bereich einen Riegel vorschieben. Die Finanzierung einer Promotion durch eine Qualifikationsstelle ist im Übrigen der sicherste Weg zur Professur.

### *GRÜNE:*

Grundsätzlich gilt für uns zunächst einmal, dass Promovierende auf jeden Fall Mitglieder der Hochschule sein sollten - zugeordnet zur Gruppe der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen. Gleichzeitig sollte ihnen auch in jedem Fall die Möglichkeit offen stehen, sich als Studierende einzuschreiben, wenn sie dies wollen. Darüber hinaus treten wir dafür ein, im Hochschulgesetz verbindlich die Verpflichtung zu einer schriftlichen Vereinbarung zwischen den Promovierenden und ihrem Fachbereich festzuschreiben, auch um damit die Position der Promovierenden als eigenständig forschende Mitglieder des Fachbereiches zu stärken. Vor diesem Hintergrund gibt es für uns in der angesprochenen Frage kein eindeutiges "oder": Denn die Promotionsphase sollte einerseits ein selbstständiges und unabhängiges wissenschaftliches Arbeiten ermöglichen, andererseits aber auch noch Elemente einer Weiterbildung und Spezialisierung enthalten, die den Charakter eines (Promotions-)Studiums haben.

### *PIRATEN :*

Zu diesem Thema gibt es innerhalb der Piratenpartei noch Diskussionen und keine Parteimeinung. Wir freuen uns über jeden Interessierten der zu diesem Thema mit uns in den Diskurs eintritt.

### *FAMILIE :*

Es ist in gewisser Weise ein Übergang vom Studium zum Beruf, wenn es sich um eine Weiterqualifikation handelt. I.d.R. steht jedoch neben der Forschung auch die berufliche Aktivität, was sich in der Bezeichnung Assistent widerspiegelt.

## **15. Halten Sie die Anzahl der Promotionsstellen für ausreichend?**

### *FDP :*

Die Entscheidung über die Anzahl der Promotionsstellen (wissenschaftliche Mitarbeiter) obliegt grundsätzlich den Hochschulen. Generell existieren keine Beschränkungen, was die Anzahl von Dissertationen bzw. allgemeine Promotionsmöglichkeiten betrifft. Um den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern, hat die liberal mitgetragene Landesregierung ganz gezielt strukturelle Promotionsmöglichkeiten ausgebaut. So wurden im Wintersemester 2008/09 in Nordrhein-Westfalen 17 neue Forschungsschulen aufgebaut, die herausragende Studierende schnell und systematisch zur Promotion führen sollen. Ein solches strukturiertes Doktorandenangebot eröffnet begabten Studierenden die Chance, auf hohem internationalen Niveau bei den jeweiligen Spitzenforscherteams der Hochschulen zu promovieren. Zudem erhält, wer in einer Forschungsschule aufgenommen wird, zugleich auch ein monatliches Stipendium in Höhe von bis zu 1.300 Euro. Die Forschungsschulen werden in der Regel zu gleichen Teilen von der jeweiligen Hochschule und dem Land finanziert. Insgesamt 36 Millionen Euro wird alleine das Land in den nächsten fünf Jahren in den strukturierten Weg zur Promotion investieren. Die FDP setzt sich dafür ein, dass in Nordrhein-Westfalen ein hochwertiges Angebot für herausragende Studierende, die ihre wissenschaftliche Karriere hier starten wollen, besteht und die diesbezüglichen Angebote weiter ausgebaut werden.

*SPD*

Nein.

*GRÜNE :*

Diese Frage ist aufgrund der sehr unterschiedlichen Fächertraditionen sicher nicht pauschal zu beantworten. Grundsätzlich sollte jedoch gelten, dass in allen Fächern hinreichend gut ausgestattete Stellen (- oder andere Finanzierungsmöglichkeiten -) für den wissenschaftlichen Nachwuchs zur Verfügung gestellt werden, um ein möglichst unabhängiges selbstbestimmtes wissenschaftliches Arbeiten zu ermöglichen.

*DIE LINKE :*

Nein.

*PIRATEN :*

Zu diesem Thema gibt es innerhalb der Piratenpartei noch Diskussionen und keine Parteimeinung. Wir freuen uns über jeden Interessierten der zu diesem Thema mit uns in den Diskurs eintritt.

*FAMILIE :*

An den Unis gibt es wenige bezahlte Promotionsstellen und dass obwohl es in bestimmten Studiengängen notwendig ist, nachzuweisen, dass man selbstständig in der Lage ist zu forschen (z.B. Chemie). Die Stipendienprogramme für Promovierende sind daher auszuweiten, besonders in den Fächern, in denen die Wirtschaft keine bezahlten zusätzlichen Promotionsmöglichkeiten anbietet.

## **16. Wie bewerten Sie heute das neue Hochschulfreiheits-Gesetz (HFG)?**

*SPD :*

Mit dem FDP/CDU-NRW-Hochschulgesetz hat sich die Landesregierung aus der Verantwortung für die Hochschulen gestohlen und sie in eine strukturierte Verantwortungslosigkeit entlassen. Die Landesregierung weiß zum Teil nicht einmal mehr, was an den Hochschulen passiert, kann kaum noch Informationen einholen. Sind Missstände bekannt, kann das Land nicht mehr steuernd eingreifen. Fehlentwicklungen wie die schlecht umgesetzte Bologna-Reform oder die missbräuchliche Verwendung von Studiengebühren kann das Land nicht mehr korrigieren. CDU und FDP haben die Hochschulen zu Unternehmen gemacht und können nicht verhindern, dass sie sich nun wie Unternehmen verhalten - zu Lasten der Studierenden und Beschäftigten an den Hochschulen. Wir wollen nicht, dass Hochschulen in Quartalszahlen denken. Dafür ist uns Bildung zu wichtig.

*GRÜNE :*

Wir GRÜNE haben das so genannte "Hochschulfreiheits-Gesetz" von Anfang an abgelehnt und halten auch nach der Erfahrung der ersten Jahre an unserer Kritik fest. Denn in der Praxis zeigt sich immer wieder, dass der Rückzug des Landes aus der finanziellen und organisatorischen Verantwortung für die Hochschulen insgesamt nicht mehr, sondern

weniger Freiheit für Forschung, Lehre und Studium gebracht hat. Vielmehr sind an vielen Stellen neue "Sachzwänge" entstanden, die zur Einschränkung von Studienmöglichkeiten geführt haben, Forschungsschwerpunkte haben sich zugunsten "marktnäherer" Bereiche verschoben und Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten sind eingeschränkt worden. Wir GRÜNE wollen daher diesen Trend umkehren und streben nach der Landtagswahl im Mai 2009 eine grundsätzliche Novellierung des Hochschulgesetzes an (s. auch die Antworten auf die nachfolgenden Fragen).

#### *LINKE :*

In NRW studieren rund 470 000 Menschen, die vom drastischen Bildungsabbau der schwarz-gelben Landesregierung betroffen sind. Die neoliberale Bertelsmann-Stiftung diktierte CDU und FDP das sogenannte „Hochschulfreiheitsgesetz“ und machte den Weg frei für die Einführung von allgemeinen Studiengebühren. Aber auch die ehemalige rot-grüne Regierung hat den schleichenden Weg zu Studienbeiträgen mit zu verantworten. Jene „Eliten“ forcieren mit der Einführung des HFG die kapitalistische Verwertbarkeit der Studierenden. Dies bekämpfen wir als LINKE entschieden und werden das HFG zurücknehmen.

#### *FAMILIE :*

Sowohl in Theorie und Praxis eine absolute Katastrophe. Der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung zurück.

#### *PIRATEN :*

Zu diesem Thema gibt es innerhalb der Piratenpartei noch Diskussionen und keine Parteimeinung. Wir freuen uns über jeden Interessierten der zu diesem Thema mit uns in den Diskurs eintritt.

#### *FDP :*

Das HFG hat das nordrhein-westfälische Hochschulrecht vollständig neu gefasst. Es lässt die Hochschulen des Landes in einem Maße autonom handeln, welches bundesweit einzigartig ist und auch international jedem Vergleich standzuhalten vermag. Die Hochschulen sind vom Gängelband der staatlichen Bevormundung gelöst worden. Der Autonomiegewinn der Hochschulen stärkt deren Forschungs- und Innovationskraft. Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz haben wir einen neuen Rechtsrahmen für die Hochschulen geschaffen und Vereinbarungen getroffen, die den Hochschulen finanzielle Sicherheit und Verlässlichkeit garantieren. Das Hochschulfreiheitsgesetz und die darin vorgesehenen neuen Leitungsgremien haben sich nach Ansicht der FDP bewährt: Die nordrhein-westfälischen Hochschulen haben ihr Profil geschärft und im internationalen Wettbewerb an Sichtbarkeit gewonnen. Ihre Attraktivität hat zudem für Studierende und Kooperationspartner erkennbar zugenommen. Nirgendwo sonst in Deutschland haben die Hochschulen heute so viel Gestaltungsraum wie in Nordrhein-Westfalen. Und noch nie waren die Hochschulen des Landes finanziell so gut ausgestattet wie derzeit. Durch steigende Landeszuschüsse, weitere Landes- und Bundesmittel sowie durch die Studienbeitragseinnahmen haben die Hochschulen des Landes heute 25 % mehr Mittel zur Verfügung als im Jahre 2005. Die Zeiten der chronischen Unterfinanzierung der nordrhein-westfälischen Hochschulen sind vorbei und werden mit der FDP auch nicht zurückkehren.

## **17. Was verstehen Sie unter einer autonomen Hochschule, wie viel darf das Land noch steuern?**

### **FDP :**

Die FDP ist der Auffassung, dass unsere Hochschulen Autonomie bei der Entscheidung über ihre Schwerpunkte im Lehrangebot und in der Forschung brauchen. Sie müssen die Möglichkeit haben, Wissenschaftler selbst zu berufen und ihnen international konkurrenzfähige Angebote zu machen. Sie brauchen die Hoheit über die Verwendung ihrer Mittel und über die Leitungsstrukturen, in denen Planungsentscheidungen getroffen werden. Im Gegenzug verpflichten sich die Hochschulen, Transparenz hinsichtlich ihrer Leistungen und ihrer Entscheidungsstrukturen zu schaffen. Ziel- und Leistungsvereinbarungen sind sowohl hochschulintern als auch zwischen Land und Hochschule das geeignete Instrument, Freiheit, Rechenschaftslegung und gemeinsame Verantwortung für die Qualität von Lehre und Forschung zu sichern.

### **SPD :**

Aus unserer Sicht kann die Autonomie, die wir grundsätzlich befürworten, nicht die öffentliche Verantwortung für die Hochschulen ersetzen. Diese Verantwortung wollen wir wieder übernehmen. Wir sehen es als eine landesplanerische Aufgabe, für ein in Qualität und Quantität ausreichendes Angebot an Studienplätzen und Studienfächern, den gleichberechtigten Zugang zu den Hochschulen und die Gleichwertigkeit und Kompatibilität der Abschlüsse zu sorgen. Das sind für uns Ziele von gesellschaftlichem Interesse, deren Einhaltung wir über Zielvereinbarungen kontrollieren und ggf. auch sanktionieren wollen. Wir finden aber auch, dass die Hochschulen autonome Entscheidungen gut und verantwortungsvoll treffen können, etwa in der Arbeit mit Globalhaushalten.

### **PIRATEN :**

Zu diesem Thema gibt es innerhalb der Piratenpartei noch Diskussionen und keine Parteimeinung. Wir freuen uns über jeden Interessierten der zu diesem Thema mit uns in den Diskurs eintritt.

### **GRÜNE :**

Hochschulautonomie bedeutet für uns, dass Studierende, Lehrende und MitarbeiterInnen der Hochschule alle wesentlichen Entscheidungen zur Entwicklung der Hochschule gemeinsam und unabhängig von Dritten treffen. Zur Wahrnehmung der öffentlichen Verantwortung (- und zur Sicherstellung des öffentlichen Bildungsauftrags der Hochschulen -) ist es jedoch auch notwendig, dass das Land über seine demokratisch legitimierten Strukturen Rahmenvorgaben macht und Anreize setzt. Dies gilt beispielsweise für die Sicherung eines breiten Fächerangebotes, die Schaffung von Studienplätzen oder die Sicherung der Qualität der Lehre. Auch bei der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes, bei der Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten, bei der Barrierefreiheit oder in Fragen des Gesundheitsschutzes sollte das Land klare Ziele vorgeben und deren Erreichung finanziell und organisatorisch unterstützen sowie stärker als bisher auf die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben hinwirken.

### **FAMILIE :**

Autonome Hochschule heißt eigentlich, die Uni entscheidet über Studiengänge und Inhalte. Das Land kann im Prinzip nur noch über die minimale Restfinanzierung und die Stimmen in den Hochschulräten steuern. Allerdings ist die Gefahr groß, dass sich hier Auftraggeber aus der Wirtschaft zu sehr einmischen und somit Inhalte zu sehr wirtschaftsnah bestimmt werden. Die Unabhängigkeit der Forschung und Lehre und die Förderung von „unrentablen“ Fächern wird auf dem Altar der Wirtschaft geopfert.

### **DIE LINKE :**

DIE LINKE.NRW sieht Bildung als Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge an. D.h. Hochschulen sind öffentliche Aufgabe, das Land NRW steht für uns in der Verantwortung und hat die Rahmenbedingungen zu stellen.

## **18. Haben sich die Hochschulräte bewährt? Für wie demokratisch halten Sie die aktuelle Hochschulstruktur?**

### **GRÜNE :**

Nein, die Hochschulräte haben sich aus GRÜNER Sicht nicht bewährt. Wir Grünen wollen deshalb den mit dem "Hochschulfreiheitsgesetz" vollzogenen "Paradigmenwechsel umkehren und an unseren Hochschulen demokratische Verhältnisse herstellen. Alle wesentlichen Entscheidungen soll ein Senat treffen, in dem alle Gruppen der Hochschule gleichberechtigt vertreten sind. Auch auf allen anderen Ebenen der universitären Selbstverwaltung sowie im Verhältnis der Ebenen untereinander müssen die Mitwirkungs- und Entscheidungsstrukturen neu geordnet werden, um ein Höchstmaß an Transparenz und Beteiligung aller Gruppen zu ermöglichen. Die Hochschulräte wollen wir abschaffen. Außerdem werden wir - die Rolle der Hochschulen als Träger öffentlicher Verantwortung und Orte des gesellschaftlichen Diskurses und der Innovation neu definieren; - die Mitbestimmungsrechte und -möglichkeiten von Personalräten und Gleichstellungsbeauftragten stärken; - sicherstellen, dass Landtag und Landesregierung ihren Teil der Verantwortung für die Weiterentwicklung unserer Hochschulen wahrnehmen. An den Hochschulen muss wieder die Freiheit der Wissenschaft Vorrang haben vor der sogenannten „Freiheit“ des Marktes, damit beispielsweise die Grundlagenforschung nicht vernachlässigt wird und kleine Fächer („Orchideenfächer“) weiter Platz in der Hochschullandschaft haben." (GRÜNES Landtagswahlprogramm, Seite 81).

### **FAMILIE**

Diese Frage ist unserer Ansicht nach bisher noch nicht angemessen zu beurteilen, da sie erst zu kurze Zeit existieren. Die Frage ist, wie nutzen die jeweiligen Räte ihre demokratischen Möglichkeiten? Da i.d.R. Immer noch die Professoren die Mehrheit und die Macht gegenüber den anderen Gruppen für sich beanspruchen, kann nur bedingt von echter Demokratie die Rede sein.

### **PIRATEN :**

Hochschulräte haben sich zu einem Instrument der Wirtschaft entwickelt, über dieses nimmt sie direkten Einfluss auf die Ziele innerhalb der Universitäten. Dies geschieht zudem auf einer intransparenten und höchst undemokratischen Basis. Hochschulräte empfinden wir als ein klares Zeichen gegen Demokratie an den Universitäten. Es sollte

wieder demokratisch gewählt werden.

#### *FDP :*

Die FDP NRW ist der Auffassung, dass die derzeitigen Mitbestimmungsrechte der Studierenden ausreichen und ihren Zweck erfüllen. Wesentlicher Bestandteil des Studienbeitragsmodells ist der Gedanke, dass sich die Studierenden als aktive Partner in den Prozess der Lehroptimierung einbringen können. Es muss gesichert sein, dass die Studierenden als Beitragszahler auf die entsprechenden Leistungen in der Lehre hinwirken können. Aus diesem Grund haben wir im Studienbeitragsgesetz auch verbindlich geregelt, dass die Qualität der Lehrorganisation durch ein unabhängiges Prüfungsgremium in einem objektiv-rechtlichen Verfahren überprüft wird. Das Prüfungsgremium ist zur Hälfte mit Studierenden besetzt, die Vorsitzenden kommen jeweils von außerhalb der Hochschule. Jede Hochschule, die Studienbeiträge erhebt, ist verpflichtet, ein solches Gremium als Anlaufstelle für Beschwerden einzurichten. Näheres zum Prüfungsgremium bestimmen die Hochschulen selbst. Die Prüfungsgremien sind, wie auch der Bericht des Stifterverbands und des Deutschen Studentenwerks über die Verwendung von Studienbeiträgen an den nordrhein-westfälischen Hochschulen aus dem Jahr 2009 bestätigt, sehr gut in den Hochschulalltag eingebunden. Die Mitbestimmung der Prüfungsgremien an den Hochschulen wird immer bedeutender und ihre Mitsprache bei der Verwendung der Beiträge wächst. Gerade auf der Fachbereichsebene wissen die Studierenden ziemlich genau, wofür ihre Studienbeiträge ausgegeben werden, denn sie können sich an dem Verwendungsprozess mit eigenen Vorschlägen beteiligen. In der Regel werden diese Vorschläge dann auch umgesetzt.

#### *SPD:*

Wir halten es grundsätzlich für falsch, Hochschulen einem Unternehmen nachzubauen. Hochschulen sowie die Bildung und die Ausbildung der Studentinnen und Studenten sind öffentliche Aufgaben, die auch ohne unternehmerische Strukturen effizient und wirtschaftlich gesteuert werden können. Die Landesregierung hat anstelle des Ministeriums und des Parlaments der unternehmerischen Hochschule den Hochschulrat als eine Art Aufsichtsrat gegenübergestellt. Dieser ist über seine fünfjährige Amtszeit keiner irgendwie legitimierten Instanz rechenschaftspflichtig. Er ist zum Teil von Wirtschaftsvertretern besetzt, die zumeist Großunternehmen entstammen. Gewerkschafter und Vertreter und Vertreterinnen anderer gesellschaftlicher Gruppen etwa aus den Bereichen Kunst, Kultur, Soziales sind deutlich unterrepräsentiert. Außerdem hat der Gesetzgeber keine Abwahlmöglichkeit vorgesehen, was bereits zu der absurden Situation geführt hat, dass auch umstrittene Hochschulratsmitglieder trotz Rücktrittsforderungen beispielsweise des Ministers, des Rektors oder des Senats nicht zurückgetreten sind. Deshalb werden wir den Hochschulrat in seiner jetzigen Form abschaffen. Aus unserer Sicht konnte in Zukunft lediglich ein beratendes Gremium mit Vorschlagsrecht gegenüber den Hochschulgremien an seine Stelle treten. Die Autonomie der Hochschulen und die Zuständigkeiten des für die Hochschulen zuständigen Ministeriums müssen neu austariert werden.

#### *LINKE :*

Mit der Installierung der sogenannten Hochschulräte setzt die Landesregierung auf die schleichende Privatisierung der Hochschulen, während die öffentlichen Gremien entmachtet wurden. Profitinteressen prägen vermehrt die Ausrichtung der einzelnen



Institute. Unter dem Stichwort Drittmittelwerbung verschaffen sich selbst die Rüstungskonzerne einen direkten und unkomplizierten Zugang zu den Hochschulen. Die schwarz-gelbe Landesregierung fördert diesen Trend, indem sie seit Jahren Kürzungen im Bildungsbereich vornimmt und die Institute so zwingt, sich nach Drittmitteln umzuschauen. Immer stärker bestimmen so Konzerne Forschung und Bildung an den Hochschulen. Dieser Politik stellt sich DIE LINKE. NRW entschlossen entgegen.

## **19. Halten Sie die Gruppenhochschule für überholt?**

### *PIRATEN :*

Zu diesem Thema gibt es innerhalb der Piratenpartei noch Diskussionen und keine Parteimeinung. Wir freuen uns über jeden Interessierten der zu diesem Thema mit uns in den Diskurs eintritt.

### *FAMILIE :*

Die Vordiskussion in den an der Hochschule arbeitenden Gruppen (Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter, weitere Mitarbeiter und Studenten) ist zunächst mal positiv, da jede Gruppe unterschiedliche Interessen hat.

### *GRÜNE :*

Nein, wir GRÜNE stehen zur derzeitigen Struktur der Gruppenhochschule und streben eine möglichst gleichberechtigte Mitwirkung aller Gruppen an.

### *SPD :*

Wir stehen für die Gruppenhochschule. Wir werden das Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht aller Gruppen, die Hochschule ausmachen, wieder herstellen.

### *LINKE :*

NEIN!

### *FDP :*

Unseres Erachtens ist die Schlussfolgerung aus dem in den sechziger Jahren entstandenen Modell der autonomen Gruppenhochschule, dass verschiedene Gruppen an der inneruniversitären Entscheidungsfindung zu beteiligen sind, richtig und wichtig. Aus der Wissenschaftsfreiheit lässt sich nicht nur ein institutionelles Abwehrrecht, sondern auch ein Teilhaberecht ableiten.

## **20. Sollte in NRW jede/r studieninteressierte Bachelorabsolvent/in das Anrecht auf einen Masterplatz bekommen?**

### *PIRATEN :*

Ja, mit dem erfolgreichen Abschluss eines Bachelor-Studiengangs ist die grundlegende Eignung für ein Master-Studien nachgewiesen.

### *SPD:*

Wir werden sicherstellen, dass qualifizierte Studierende mit Bachelor-Abschluss, die ihren Master machen mochten, auch einen Masterstudienplatz erhalten. Künstliche Hürden zwischen Bachelor und Master darf es aus unserer Sicht nicht geben, Quoten lehnen wir ab. Wir wollen gemeinsam mit den Hochschulen eine Zielplanung erarbeiten, die festlegt, wie viele Studienplätze nach Fächern an den jeweiligen Hochschulstandorten eingerichtet werden, um so zu gewährleisten, dass die Hochschulen ausreichend Masterstudienplätze zur Verfügung stellen können. Die MA-Studienplatzkapazitäten müssen auch im Rahmen des Hochschulpakts II ausgebaut werden. Wir wollen allerdings auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich BA-Absolventen nach einer Phase der Berufstätigkeit auch problemlos in einem Master-Studiengang weiterqualifizieren können.

### *GRÜNE :*

In unserem Wahlprogramm heißt es hierzu ganz klar: Wir wollen .... "die *Bologna-Reformen korrigieren und den Master für alle ermöglichen*" (S. 86). Deshalb sollen die 50.000 zusätzlichen Studienplätze, die wir mit einer besseren Ausstattung der Hochschulen schaffen wollen, nicht nur im Bachelor-, sondern ausdrücklich auch im Master-Bereich entstehen.

### *FDP :*

Unter Regierungsverantwortung der FDP ist die seinerzeit von Rot-Grün eingeführte Kapazitätenverordnung für Masterstudiengänge, die vorsah, dass Universitäten nur 20 Prozent und Fachhochschulen nur 16 Prozent ihrer Kapazitäten für Masterstudiengänge verwenden dürfen, im Rahmen der Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes aufgehoben worden. Solche Vorschriften lehnen wir ab. Die Liberalen setzen sich dafür ein, dass alle Studentinnen und Studenten, die die Voraussetzungen erfüllen und einen Masterstudiengang besuchen wollen, dies auch können. Einen Anspruch auf einen Studienplatz in einem Masterstudiengang besitzen diejenigen Studierenden, die die hochschulzugangsrechtlichen Voraussetzungen hierzu erfüllen. Dies sind solche Voraussetzungen, die die Studienaufnahme an das Vorliegen persönlicher Eigenschaften, Fähigkeiten oder Leistungsnachweise knüpfen. So kann der Zugang zu einem Masterstudium beispielsweise von einer bestimmten Fächerkombination im Bachelorstudium abhängig sein. Die Strukturvorgaben der Konferenz der Kultusminister für Bachelor- und Masterstudiengänge vom 10.10.2003 heben den Master als weiteren berufsqualifizierenden Abschluss hervor und verlangen, dass das Studium im Masterstudiengang von weiteren besonderen Zugangsvoraussetzungen abhängig gemacht werden soll.

Die Umsetzung des Hochschulpakts und der bereits im Vollzug befindliche Ausbau der Fachhochschulen zeigen in besonderer Weise die Anstrengungen der liberal mitgeführten Landesregierung, ein qualitativ ausreichendes und gleichzeitig auch ein qualitativ hochwertiges Studienangebot zu schaffen. Darüber hinaus hat unter Regierungsverantwortung der FDP die Zahl der zulassungsbeschränkten Studiengänge in Nordrhein-Westfalen immer weiter abgenommen. Der Anteil der NC-Studiengänge am Gesamtstudienangebot ist von 43,7 Prozent im Jahr 2006 auf nunmehr 31 Prozent gesunken. In Fällen, wo Hochschulen zur Sicherung der Qualität des Hochschulbetriebes örtliche Zulassungsbeschränkungen (NC) bestehen lassen, ist vielfach mit Mitteln des Hochschulpaktes die jeweilige Aufnahmekapazität deutlich erhöht worden.

### *FAMILIE :*

Ja, weil viele Bachelorabschlüsse noch nicht gefestigte Berufsaussichten haben. Es gibt Studiengänge (Naturwissenschaften) in denen ist der Bachelor (engl. für Junggeselle) nichts wert. Wer keinen Masterplatz hat, hat drei Jahre verschenkt... er kann damit nichts anfangen!

### *LINKE :*

DIE LINKE. NRW setzt sich für einen offenen Studienzugang ein: Wir wollen die individuellen Auswahlverfahren abschaffen, die lernfeindlichen Restriktionen des Bachelor/Master-Systems überwinden und als ersten Schritt dorthin Zugangsbeschränkungen beim Übergang zum Master ausschließen.

## **21. Halten Sie das derzeitige BAföG für zeitgemäß? Wie könnten landespolitische Alternativen zum BAföG aussehen?**

### *FAMILIE :*

Das BAföG sollte unserer Ansicht nach elternunabhängig sein. Schule, Ausbildung und Studium nach Vollendung des 18. Lebensjahres sollte der Staat hinsichtlich der institutionellen Kosten der Bildungsträger als auch der unabdingbaren individuellen Lebenshaltungskosten in einem angemessenen Zeitrahmen finanzieren. Die Finanzierung sollte an regelmäßige Nachweise des Bildungserfolges geknüpft werden.

### *LINKE*

DIE LINKE. NRW will das BAföG ausbauen: bedarfsdeckend, repressionsfrei und elternunabhängig. Die Höchstdauer der Zahlung muss an die durchschnittliche Studienzzeit angepasst werden. Das NRW-Stipendienprogramm lehnen wir ab.

### *FDP :*

Die FDP NRW begrüßt die jüngst von Bund und Ländern angestoßene Weiterentwicklung des BAföG. Die von der aktuellen Bundesregierung beschlossene BAföG-Erhöhung zum 1. August 2010 ist ein Schritt in die richtige Richtung. Zudem ist die Erhöhung der einschlägigen steuerlichen Freibeträge um drei Prozent geplant. Ferner wird es für Master-Studenten beim Bafög künftig eine gesonderte Altersgrenze geben. Wer bis zum 35. Lebensjahr ein Master-Studium beginnt, kann künftig noch die staatliche Förderung beziehen. Damit sollen die Studierenden ermutigt werden, den frühen berufsqualifizierenden Bachelor-Abschluss für den Berufseinstieg zu nutzen, ohne sogleich die Chance auf Förderung eines später aufgenommenen Masterstudiums zu verlieren. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat sich im Übrigen schon seit langem für eine Erhöhung von drei Prozent beim Bedarfssatz und vier Prozent beim Fördersatz ausgesprochen, mit den Ländern konnte man sich aber angesichts der leeren Kassen nur auf die jetzige Regelung verständigen. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass das BAföG gesichert und weiterentwickelt. Die Möglichkeit, Bildungskredite über das 30. Lebensjahr hinaus zu verlässlichen Konditionen zu erhalten, wollen wir ausbauen. Zusätzlich wollen wir ein Stipendiensystem als zweite starke Säule der Studienfinanzierung etablieren. Innerhalb von vier Jahren soll jeder zehnte Studierende in der Regelstudienzeit ein Stipendium erhalten. Zur Förderung des Studienerfolgs besonders begabter Studierender haben wir bereits im Wintersemester 2009/2010 das NRW-Stipendienprogramm auf den Weg gebracht. Die Stipendien nach diesem Modell

werden zusätzlich zum BAföG gezahlt. Zurzeit erhalten 1400 Stipendiaten in NRW in diesem Wintersemester einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 300 Euro. Die Hälfte der Summe gibt das Land, die übrigen 150 Euro wurden als private Mittel eingeworben. Die Stipendien werden nach Leistung vergeben, unabhängig vom Einkommen der Eltern gewährt. Jeder kann sich für ein Stipendium bewerben. BAföG-Empfänger erhalten die gleichen Chancen wie alle anderen Bewerber. Zudem müssen sie sich das Stipendien-Einkommen nicht anrechnen lassen. Das Stipendium soll aber keine reine zusätzliche soziale Säule darstellen, sondern ist eine zusätzliche leistungsorientierte und einkommensunabhängige Förderung zusätzlich zum BAföG.

#### *SPD:*

Das BAföG ist aus unserer Sicht die einzige sozial ausgewogene, krisensichere und unabhängige Studienfinanzierung. Nur mit einer Ausweitung des BAföG kann wirklich mehr Menschen der Zugang zu den Hochschulen ermöglicht werden. Das zeigen die positiven Folgen der BAföG-Reform von 2001. Um die Gruppe der Bezugsberechtigten wirkungsvoll zu vergrößern, müssen die Freibeträge deutlich erhöht werden, damit mehr junge Menschen vor allen Dingen aus weniger begüterten Mittelschichtfamilien mehr BAföG erhalten. Perspektivisch wollen wir sogar zu einer elternunabhängigen Förderung gelangen. Hinzu kommt, dass die Altersgrenzen erhöht werden sollen und auch Teilzeit- und weiterbildende Masterstudiengänge gefördert werden sollen. Auf diese Weise soll beispielsweise auch das duale Studium, also die Kombination einer Ausbildung mit einem Studium, vereinfacht werden. Wir wollen im Übrigen die falsche Prioritätensetzung der jetzigen Bundes- und Landesregierung korrigieren. Wie schon der FDP-Landesminister setzt nun auch die Bundesregierung auf die Subventionierung privater Stipendien. Dabei verfehlt das in NRW eingeführte Stipendien-Programm eines der wichtigsten Ziele der Bildungspolitik: es trägt nicht dazu bei, mehr Studierenden den Zugang zu den Hochschulen zu ermöglichen. In NRW erreicht es statt der versprochenen 10 Prozent gerade einmal 0,3 Prozent der Studierenden - Studiengebühren zahlen fast alle. Außerdem richtet es sich an die, die den Weg an die Hochschulen bereits geschafft haben. Es wird also keine zusätzlichen Bildungspotenziale erschließen und junge Menschen aus bildungsfernen Schichten außen vor lassen. Denn bekanntermaßen fordern Stiftungen, die begabte Studierende unterstützen sollen, in erster Linie Jugendliche aus Akademikerhaushalten.

#### *PIRATEN*

Durch die stärkere Verschulung der Studiengänge durch die Bologna-Reform steigt der Bedarf an einer finanziellen Förderung der Studierenden. Der jetzige BAföG-Höchstsatz ist unserer Meinung nach nicht dafür geeignet, ein Studium zu ermöglichen. Außerdem sind die Zugangshürden zu einer Förderung durch das BAföG zu hoch. Wir setzen uns daher dafür ein, dass der Höchstsatz angehoben wird und der Zugang zu einer Förderung erleichtert wird. Dazu gehört insbesondere, dass das BAföG unabhängig vom Einkommen der Eltern gewährt wird. Die aktuelle Situation führt oft dazu, dass Kinder im Zweifel ihre Eltern auf Zahlung von Unterhalt verklagen müssten. Dies ist für uns nicht hinnehmbar. Der Verlust an unmittelbaren sozialen Bindungen steht in keinem Verhältnis zu den potentiellen Ergebnissen. Damit schickt die Politik diese Menschen bereits mit einem enormen Handicap ins Berufsleben.

### *GRÜNE :*

Um möglichst vielen jungen Menschen die Möglichkeit für ein Studium zu eröffnen, brauchen wir eine verlässliche und gut ausgestattete staatliche Studienfinanzierung. Wir GRÜNE wollen das bestehende BAföG deshalb ausbauen und auch qualitativ weiterentwickeln. So hat sich aus unserer Sicht beispielsweise die Unterscheidung von konsekutiven und nicht konsekutiven Master bei der Förderfähigkeit genauso wenig bewährt wie die starre Altersgrenze von 30 Jahren. Dagegen können Stipendienmodelle eine staatliche Studienfinanzierung nur ergänzen und in keinem Fall ersetzen, insbesondere dann nicht, wenn sie sich nicht an dem tatsächlichen Bedarf orientieren, sondern - wie das Modell von Pinkwart und Schavan - als "Elite"-Förderung konzipiert sind.

## **22. Welche Forderungen aus den studentischen Protesten werden sie unterstützen?**

### *PIRATEN :*

Wir solidarisieren uns mit vielen Forderungen der studentischen Proteste und das nicht nur im Punkt einer sozialen Öffnung durch die Abschaffung von Bildungsgebühren. Wir werden uns dafür stark machen, dass ein "Studium Generale" wieder ermöglicht wird. Dazu gehört ein Rückgang der Verschulung und auch, dass Universitäten selbst wieder die Möglichkeit bekommen zu entscheiden wie lange Bachelor/Master-Studiengänge dauern sollen. Auch die Demokratisierung des Bildungssystems wollen wir weiter vorantreiben. Durch eine faire Besetzung der Hochschulgremien und den Schutz der verfassten Studierendenschaft.

### *FDP :*

Die FDP bewertet die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge, die einer der Hauptgegenstände der Studentenproteste gewesen ist, in Nordrhein-Westfalen positiv. Wir bekennen uns zu den Zielen des Bologna-Prozesses. Die Ziele, die Förderung von Mobilität, von internationaler Wettbewerbsfähigkeit, von Beschäftigungsfähigkeit und die Verkürzung der Studiendauer sind richtig und wichtig. Erste beachtliche Erfolge zeichnen sich bereits jetzt ab. Nach aktuellen Zahlen hat sich die Absolventenquote in der Regelstudienzeit innerhalb der vergangenen vier Jahre in Nordrhein-Westfalen von 21,4 auf 28,1 Prozent erhöht. Erstmals ist es dem Land damit gelungen, bei der Akademikerquote über dem Bundesdurchschnitt zu liegen.

Bei der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge ist in Nordrhein Westfalen schon enorme konzeptionelle Arbeit geleistet worden. Mittlerweile sind 81,3 % aller Studiengänge umgestellt. Das bedeutet nicht, dass die Umstellung schon abgeschlossen ist und keine Übergangsprobleme aufgetreten sind. Unbestritten ist die Umstellung einiger Studiengänge nicht optimal gelaufen. Aus diesem Grund setzt sich die FDP NRW für eine Verbesserung der Standards, Kriterien und Funktionsfähigkeit ein. Es ist notwendig, die während des Bildungstreiks angesprochenen Probleme und vorgetragenen Argumente gemeinsam mit den Hochschulen und Studierenden zu analysieren und notwendige Kurskorrekturen vorzunehmen. Es gilt, einzelne Prüfungselemente sowie einzelne Anwesenheitspflichten zu überprüfen, ohne das Gesamtqualifikationsziel zu beeinträchtigen.

In diesem Zusammenhang begrüßt die FDP NRW das von den Rektoren der 14 nordrhein-westfälischen Universitäten am 26. November 2009 unterzeichnete Memorandum, in dem sich die Hochschulen verpflichtet haben, notwendige Veränderungen in die Wege zu leiten. Konkret vereinbarten die Universitäten zu überprüfen, ob der jeweilige Studiengang stofflich überladen ist, ob es eine den Zielen des Studiengangs angemessene Vielfalt an Prüfungsformen gibt, ob der Praxisbezug gewährleistet ist, ob es zu viele Anwesenheitspflichten gibt und ob die nationale und internationale Mobilität in angemessener Weise gewährleistet ist. Im Gegenzug hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Hochschulen eine verlässliche Finanzausstattung in den nächsten Jahren zugesichert. Zudem wurden den Hochschulen Ausnahmegenehmigungen erteilt, um bereits vor der nächsten Re-Akkreditierung der Studiengänge konkrete Verbesserungen, wie etwa eine Verringerung von Prüfungslasten in einzelnen Studiengängen, unverzüglich zu erreichen. Eine erste Revisionsbilanz und erste Ergebnisse werden die Universitäten in Kürze vorlegen.

Die FDP NRW will den Bologna Prozess weiter vorantreiben und dessen Umsetzung optimieren. Hierzu müssen die Hochschulen angehalten werden, ihre gewachsenen finanziellen Spielräume für zusätzliches Lehrpersonal und damit für eine Verbesserung der Betreuungsrelation zu nutzen. Studiengänge, die bislang mit dem Staatsexamen abschließen, sollen ebenfalls in den Bologna-Prozess einbezogen werden. Dabei darf die Umstellung nicht zu einer Verlängerung der Gesamtausbildung führen.

#### **GRÜNE :**

Wir GRÜNE haben die Forderungen des Bildungsstreiks von Anfang an unterstützt ,auch weil sie im Wesentlichen deckungsgleich mit unserem bildungspolitischen Programm sind. Dies gilt sowohl für den Schulbereich (u.a. "Eine Schule für alle" ,Abschaffung der Kopfnoten, Lernmittelfreiheit )als auch für den Hochschulbereich (Abschaffung aller Bildungsgebühren – von der Kita bis zur Hochschule, Abschaffung der Hochschulräte, Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung, öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft, Korrektur der Bologna-Reform usw. - s. Hierzu auch das GRÜNE Landtagswahlprogramm, Seiten 80 -86). Alle diese Forderungen wollen wir im Falle einer Regierungsbeteiligung unmittelbar nach der Landtagswahl umsetzen.

#### **FAMILIE :**

Jeder sollte ein Masterstudium absolvieren können. Für das Erststudium sollten keine Studiengebühren erhoben werden.

#### **LINKE :**

DIE LINKE ist die Partei der sozialen Bewegungen. Viele ParteigenossInnen sind vor Ort in den Bildungsstreikbündnissen aktiv. Wir stehen Seite an Seite mit den Protestierenden und unterstützen alle Forderungen für ein sozialgerechtes und gutes Studium. Die Forderungen des Bildungsstreikes werden wir auf parlamentarischer Ebene einbringen und gleichzeitig den außerparlamentarischen Druck mit der Bewegung aufrecht erhalten.

#### **SPD :**

An allererster Stelle steht für uns die Abschaffung der Studiengebühren. Wir wollen, dass die Studierenden ihre Zeit zum Studieren nutzen können, statt unter der Last verschiedener Jobs den erfolgreichen Abschluss ihres Studiums zu gefährden. Wir wollen als Landesregierung wieder mehr Verantwortung für die Umsetzung der Bologna-Reform



übernehmen und uns für eine konsequente Überarbeitung und Weiterentwicklung einsetzen. Dazu gehört für uns, Standards zu definieren und die Einhaltung derselben auch zu kontrollieren. Wir werden die Hochschulen dazu anzuhalten, die Bachelor- und Master-Studiengänge wieder studierbar zu machen. In diesem Zusammenhang werden wir für vergleichbare und angemessene Bachelor- Studiengänge sorgen mit freieren Wahlmöglichkeiten bei Seminaren und Vorlesungen, weniger Anwesenheitspflichten und einer neuen einheitlichen Berechnung und Vergleichbarkeit der ECTS-Punkte. Um wirklich flexiblere Studienstrukturen zu schaffen und Studienortswechsel zu ermöglichen, wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen kooperative Standards für die wechselseitige Abstimmung der Studieninhalte entwickeln.

Außerdem wollen wir endlich Anreize setzen, damit gute Lehre als Profilierungsmerkmal für die Hochschulen das gleiche Gewicht gewinnt wie gute Forschung. Deshalb unterstützen wir die Bundestagsfraktion der SPD darin, einen Studienpakt für gute Lehre auf den Weg zu bringen. Als Landesregierung werden wir über zusätzliche Mittel und Zielvereinbarungen sicherstellen, dass gezielt mehr Personalstellen zu vernünftigen Bedingungen geschaffen werden, und zwar sowohl bei den Professorinnen und Professoren wie auch im akademischen Mittelbau.

### **23. Wie stehen Sie einem allgemeinen politischen Mandat der verfassten Studierendenschaft in NRW gegenüber?**

*SPD*

Wir befürworten das allgemeine politische Mandat der verfassten Studierendenschaft.

*GRÜNE*

Wir GRÜNEN stehen uneingeschränkt zum allgemeinen politischen Mandat der verfassten Studierendenschaft, das für uns ein wesentlicher Baustein für eine demokratische Hochschule ist.

*FDP* :

Für die Liberalen in Nordrhein-Westfalen ist es selbstverständlich, dass der mit Mehrheit gewählte Allgemeine Studierendenausschuss hochschulpolitische Aussagen machen soll und darf. Das ist für uns demokratische Normalität. Der RefRat/AStA hat ein Mandat, an allen politischen Aspekten, die die Hochschulen betreffen, mitzuwirken. Die Einführung eines allgemeinen politischen Mandats halten wir rechtlich für problematisch. Denn wie schon die Rechtsprechung in zahlreichen Entscheidungen festgestellt hat (vgl. etwa BVerwGE 59, 231 [239] oder Beschluss des OVG Magdeburg vom 06.06.2006 - Az. 3 M 65/06), würde ein allgemeines politisches Mandat der verfassten Studierendenschaft den Anspruch des Einzelnen auf Freiheit von unzulässiger Pflichtmitgliedschaft in einem Verband und damit Art. 2 Abs. 1 GG verletzen, da so Angelegenheiten übertragen werden würden, die über die Wahrnehmung der gruppenspezifischen Interessen hinausgehen. Die Einschränkung der allgemeinen Handlungsfreiheit nach Art. 2 Abs. 1 GG durch einen Zwangszusammenschluss, wie ihn die verfasste Studierendenschaft darstellt, ist nach Auffassung der Rechtsprechung nur dadurch gerechtfertigt, dass er der Wahrnehmung von spezifischen Interessen der zusammengeschlossenen Gruppe dient. Dies sind bei Studierenden hochschul- und wissenschaftspolitische und damit zusammenhängende

Belange, jedoch keine Fragen, die außerhalb dieses Kontextes stehen.

*LINKE :*

DIE LINKE. NRW fordert die gesetzliche Verankerung des allgemeinpolitischen Mandats für die demokratisch gewählten und damit legitimierten Studierendenvertretungen.

*PIRATEN :*

Wir halten die verfasste Studierendenschaft als Interessenvertretung der Studenten unverzichtbar. Sie versetzt heranwachsenden Bürger unseres Landes in die Lage Demokratie zu erlernen, zu gestalten und aktiv zu erleben. Wir setzen uns deshalb für eine Erhaltung dieser demokratischen Strukturen ein.

*FAMILIE :*

Grundsätzlich besteht das Recht auf freie Meinungsäußerung. Hochschulpolitische Fragen sollten im Vordergrund stehen, aber letzten Endes hat fast jede allgemeine politische Frage auch etwas mit den Studierenden zu tun.

**24. Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit des Landtages NRW mit überregionalen Studierendenvertretungen wie das Landes-Asten-Treffen Nordrhein-Westfalen (LAT-NRW) und dem freien Zusammenschluss der StudentInnenenschaften (fzs)?**

*FDP :*

Die Zusammenarbeit des Landtages NRW mit den überregionalen Studierendenvertretungen erachten wir für gut. Das Landes-Asten-Treffen Nordrhein-Westfalen wurde in der Vergangenheit regelmäßig an Anhörungen, insbesondere im Innovationsausschuss, beteiligt und um eine Stellungnahme zu den jeweiligen hochschulpolitischen Themen (z. B. Studienbeiträge) gebeten. Die FDP hält diesen Meinungsaustausch für geboten, wichtig und will ihn auch in Zukunft beibehalten.

*SPD:*

Wir beurteilen die Zusammenarbeit mit den Studierendenvertretungen, etwa in Anhörungen des Landtages, ausgesprochen positiv. Sie ist unabdingbar, um die Interessen der Studierenden im parlamentarischen Prozess wirksam vertreten zu können. Aus unserer Sicht könnte man das Verhältnis von Studierendenvertretern und Vertretern der Hochschulleitungen besser austarieren, etwa indem die Studierendenvertretungen, wie die Hochschulleitungen auch, die Interessen der Studierenden an Fachhochschulen und an Universitäten gesondert artikulieren.

*GRÜNE :*

Wir GRÜNE haben uns in der laufenden Legislaturperiode immer wieder bemüht, der Position der Studierenden in Anhörung usw. Gehör zu verschaffen. Leider sind wir dabei jedoch in einigen Fällen an der schwarzgelben Mehrheit im Landtag gescheitert. Wir werden uns jedoch nach der Wahl - bei hoffentlich geänderten Mehrheitsverhältnissen - dafür einsetzen, dass der Dialog zwischen Landtag und Studierenden wieder intensiviert wird.



### *FAMILIE :*

Leider sind wir noch nicht im Landtag mit Abgeordneten vertreten. Wichtig erscheint uns vor allen Dingen, dass Politiker vermehrt zuhören, um so besser herauszufinden, wo aktuell Handlungsbedarf besteht. An den Hochschulen wächst unser aller Zukunft heran!

### *PIRATEN :*

Zu diesem Thema gibt es innerhalb der Piratenpartei noch Diskussionen und keine Parteimeinung. Wir freuen uns über jeden Interessierten der zu diesem Thema mit uns in den Diskurs eintritt.

### *DIE LINKE :*

Soweit DIE LINKE.NRW den Einblick in die Zusammenarbeit mit dem Landtag beurteilen können, sehen wir doch große Entwicklungsmöglichkeiten in der Zukunft. Es ist nicht ausreichend das Fraktionen ein - oder zweimal im Jahr Studierende anhört, sondern der direkte Dialog ist hier wichtig, weil für DIE LINKE.NRW nicht zahlenmäßig, sondern auch real die Studierenden die größte Gruppe an den Hochschulen ausmacht und diese am besten Wissen wo es im System krankt. Wir werden den direkten Dialog mit dem Landes-ASten-Treffen und dem fzs als Dachverband der Studierenden suchen. Gleichzeitig liegen uns aber auch die Anliegen der ausländischen Studierenden am Herzen, die leider in diesen Wahlprüfsteinen kaum eine Rolle gespielt haben. Hierbei werden wir die aufgebauten Schikanen und Demütigungen beenden (Gesinnungstest und Nachweis über Finanzreserven etc.)



Wahlprüfsteine LAT NRW und fzs  
Verantwortlich : LAT NRW  
Webschulstr. 20 , 41065 Mönchengladbach

